



BdV-NACHRICHTEN

Mitteilungsblatt des Bundes der Vertriebenen
Vereinigte Landsmannschaften · Landesverband Baden-Württemberg · Schloßstr. 92 · 70176 Stuttgart

66. Jahrgang

Stuttgart · Juni / Juli / August 2019 · Nr. 2

BdV und Landsmannschaften im Gespräch mit Innenminister Thomas Strobl

Zu einem Gedankenaustausch hatte der Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler Thomas Strobl den Landesvorstand des BdV sowie die Landesvorsitzenden der Landsmannschaften am 16.04.2019 in das Innenministerium eingeladen.

Innenminister Strobl dankte in seiner Begrüßung der BdV-Landesvorsitzenden Iris Ripsam, dem CDU-Abgeordneten Raimund Haser und allen Anwesenden für ihr Engagement und versprach, sich auch weiterhin für den BdV und die Landsmannschaften und deren Anliegen einzusetzen.

Er unterstrich das Bemühen seines Hauses und der CDU-Landesfraktion hinsichtlich der Förderung der Bewahrung und Weiterentwicklung des kulturellen Erbes gemäß § 96 BVFG und der hier erreichten Anhebung der Kulturmittel im Bereich Projektförderung und Institutioneller Förderung. Wenngleich nicht alle Wünsche unmittelbar erreichbar waren, wolle man die bisherigen Bemühungen fortführen.



Begrüßung und einleitende Ausführungen des Landesbeauftragten für Vertriebene und Spätaussiedler, Innenminister Thomas Strobl

auf die Bestandsaufnahme anlässlich der BdV-Klausurtagung im vergangenen Jahr. Sie erinnerte des Weiteren an den dem Innenministerium bereits vor Jahresfrist zugeleiteten Antrag auf weitere Erhöhung der Kulturförderung, ohne welche die aktuellen und fortbestehenden Herausforderungen auf Dauer nicht zu bewältigen sind.

Fortsetzung auf Seite 2



Mitglieder des BdV Landesvorstand mit der Landesvorsitzenden Iris Ripsam beim Gespräch mit Thomas Strobl

So konnten auch durch die Bundesregierung die während der Regierungszeit von rot-grün erfolgten drastischen Kürzungen in der Kulturförderung zu seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter zu einem guten Teil schrittweise rückgängig gemacht werden. Die BdV-Landesvorsitzende Iris Ripsam dankte ihrerseits herzlich für die Einladung des Innenministeriums zu diesem Gespräch und bewertete diese als Zeichen der Wertschätzung. Ihr Dank galt zugleich MdL Raimund Haser sowie der CDU-Fraktion und deren Unterstützung der breitgefächerten Verbandsanliegen. Anerkennende Worte richtete sie auch an Frau Dr. Meis und Herrn Böhringer vom Innenministerium Baden-Württemberg.

Sie umriss die Verbandsziele in heutiger Zeit mit Hinweis



Baden-Württemberg

DER STELLVERTRETENDE MINISTERPRÄSIDENT
DER MINISTER FÜR INNERES, DIGITALISIERUNG UND MIGRATION
DER LANDESBEAUFTRAGTE FÜR VERTRIEBENE UND SPÄTAUSSIEDLER

Es ist mir ein Anliegen, dem Schicksal der Betroffenen auch in diesem Jahr zu gedenken.

Aus diesem Anlass lade ich Sie herzlich ein zur

**Gedenkfeier
mit Kranzniederlegung**

am Mittwoch, 19. Juni 2019, um 16:30 Uhr

am Mahnmal für die Charta
der deutschen Heimatvertriebenen,
Königsplatz (Kursaalanlage), Stuttgart - Bad Cannstatt.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Strobl

In der sich anschließenden Aussprache vertrat MdL Raimund Haser die Auffassung, dass es ein wachsendes Verständnis für die Verbandsanliegen gibt. Wie könne man es schaffen, so seine Frage, das altersbedingte Ausscheiden ehrenamtlich Tätiger durch den Gewinn neuer Leute außerhalb des BdV auszugleichen.

Iris Ripsam bezeichnete die von BdV und Landsmannschaften übernommenen Aufgaben als gesamtgesellschaftliche Verpflichtung auch des Landes Baden-Württemberg. Für Franz Longin bedarf es dabei des Willens aller.

Klaus Hoffmann betrachtet die schon angesprochene Erhöhung der institutionellen Förderung durch die Landesregierung und die Stärkung der BdV-Landesgeschäftsstelle als wichtige Voraussetzung zur Erfüllung dieser Aufgabe.

Das Thema Heimatstuben, Spätaussiedler, der Vertriebenengedenktag als Weltflüchtlingstag und damit zusam-

menhängend die Unterstützung der Berichterstattung in den Medien, Dialekte im Allgemeinen und der Heimatvertriebenen im Besonderen sowie Mieterhöhung für die Büroräume im Haus der Heimat waren weitere Themen des Gesprächs.

Worte des Dankes richtete die BdV-Landesvorsitzende am Ende des ca.

eineinhalbstündigen Gesprächs an Innenminister Strobl, der in seinem Schlusswort die Bedeutung des BdV als gemeinsame Plattform weiterer Gespräche bezeichnete und bekräftigte, weiterhin Stück für Stück zu den gewünschten Erfolgen beitragen zu wollen.

uk



Lebhafte Gespräche am Rande der Begegnung mit Innenminister Thomas Strobl

Fotos: Gabriele Wulff

CDU und CSU machen sich stark für die Rechte der deutschen Volksgruppen und Minderheiten in Europa

Auf der gemeinsamen Sitzung der Vorstände von CDU und CSU am 25. März 2019 in Berlin wurde das Wahlprogramm zur Europawahl 2019 „Unser Europa macht stark. Für Sicherheit, Frieden und Wohlstand.“ verabschiedet. Dazu erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge der CDU/CSU (OMV) Egon Primas:

CDU und CSU machen sich mit ihrem Europawahlprogramm stark für die Rechte der deutschen Volksgruppen und Minderheiten in Europa. Damit zeigen Sie eindrucksvoll, wie sehr ihnen die Anliegen der Vertriebenen und Flüchtlinge, der Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Volksgruppen in den Heimatgebieten am Herzen liegen und betonen somit deren wichtige Brückenfunktion in der Zusammenarbeit mit den östlichen Nachbarstaaten in Europa.

Die beschlossenen Formulierungen im Kapitel 1 „Unser Europa dient seinen Bürgern“, Unterkapitel „Heimat: Unser Europa ist stolz auf seine Städte, Dörfer und Regionen.“ lauten:

Unser Europa und seine Mitgliedstaaten achten die sprachlichen und kulturellen Rechte und Identitäten der Volksgruppen und Minderheiten in ihren angestammten Heimat- und Siedlungsgebieten. Daher setzen wir uns für den Schutz aller Sprachen in

Europa ein. Darüber hinaus wollen wir die Nutzung der deutschen Sprache in Europa und in den EU-Institutionen stärken. Die deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler sowie die deutschen Volksgruppen in Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa haben eine wichtige Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit Deutschlands mit den östlichen Nachbarstaaten und beim weiteren Zusammenwachsen un-

seres Europas. Auch die jüngere europäische Geschichte macht deutlich, dass Vertreibungen jeder Art international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden müssen.

CDU und CSU dokumentieren damit, dass sie auch weiterhin die verlässliche politische Kraft an der Seite der Vertriebenen und Aussiedler sowie der deutschen Volksgruppen im Ausland sind. Pressemitteilung OMV

LM der Siebenbürger Sachsen Resolution zu Aussiedlerrente: Unterschriftensammlung an das Bundeskanzleramt geschickt – Mission geht weiter

Sechs voluminöse Ordner mit insgesamt 32.395 gesammelten Unterschriften für die Resolution „Spätaussiedlerbenachteiligung beenden“ sind am 10. April per Kurier dem Bundeskanzleramt in Berlin zugestellt worden. Damit ist jedoch die gemeinsame Unterschriftenaktion des Verbandes der Siebenbürger Sachsen in Deutschland, der Landsmannschaft der Banater Schwaben sowie der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland nicht beendet. Weiterhin eingehende Unterschriften werden nachgereicht. Das Fazit fällt positiv aus. Die zum Jahreswechsel gestartete landsmannschaftsübergreifende Initiative mit dem Ziel, die Situation der Spätaussiedler im Rentenrecht zu verbessern, erreichte eine beachtliche Mobilisierung. Auch aus organisatorischer Sicht war der Verlauf erfolgreich. Unser Verband registriert als Effekt der gemeinsam getragenen Resolution eine intensiviertere Kooperation der landsmannschaftlichen Verbände.

„Brückenschlag in die Zukunft“ BdV-Jahresempfang mit Bundeskanzlerin Angela Merkel

70 Jahre Bundesrepublik Deutschland und der gelungene Aufbau eines freiheitlichen und friedlichen Europas - dies sei gerade auch wegen der deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler eine Erfolgsgeschichte. Dies erklärte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer diesjährigen Ansprache beim Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen, der am 9. April 2019 im Tagungszentrum Katholische Akademie in Berlin stattfand. Die Vertriebenen hätten früh erkannt, dass "Europa als Friedensgemeinschaft die Antwort auf Krieg und all seine schrecklichen Folgeerscheinungen war und ist".

„Wer könnte besser als Sie davon erzählen, was wir an Europa haben?“, fragte die Bundeskanzlerin und lobte die verständigungspolitische Arbeit sowie den Einsatz für die Anliegen der deutschen Minderheiten in den Nachbarländern, woraus immer wieder der Brückenschlag in die Zukunft deutlich werde. Dies zeige auch das aktuelle Jahresleitwort „Menschenrechte und Verständigung - Für Frieden in Europa“.

Politische Verantwortung der Bundesregierung

Die Bundesregierung nehme die politische Verantwortung sehr ernst, die aus dem Schicksal der Vertriebenen und ihrem Selbstverständnis als Brückenbauer in Europa erwachse, betonte Merkel und ging kurz auf die finanzielle Förderung zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Kulturarbeit der Vertriebenen und Spätaussiedler ein. Diese biete eine Chance, das Kulturerbe der Deutschen im östlichen Europa



Zu Gast beim Jahresempfang waren u.a. (v.l.): Staatsministerin Monika Grütters MdB, Bundesinnenminister Horst Seehofer, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB, BdV-Vizepräsidentin Renate Holz-nagel und BdV-Präsidialmitglied Egon Primas MdL

und die Vertreibungen als „Teil einer europäischen Beziehungsgeschichte“ sichtbar werden zu lassen und darauf aufbauend den Blick in die Zukunft zu wenden. Dabei spiele auch die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ mit dem geplanten Dokumentationszentrum im Berliner Deutschlandhaus eine wichtige Rolle, erklärte die Bundeskanzlerin und mahnte in der Fertigstellung zur Eile: „Es würde mich unendlich freuen, wenn wir endlich einmal einfach die Türen öffnen und Menschen hineinbringen könnten.“

Insgesamt freute sich Merkel der vielen interessanten Anknüpfungspunkte wegen auf die weitere Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und dem Bund der Vertriebenen und dankte den Vertriebenen und ihren Verbänden ausdrücklich für den geleisteten Einsatz.

„Wir brauchen Freunde!“

BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius zeichnete ein Gesamtbild guter Zusammenarbeit mit vielen politischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Akteuren. So freute er sich insbesondere auf die Gelegenheit, die ebenfalls anwesende Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters MdB, als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten zur deutschen Minderheit nach Rumänien begleiten und ihr als Siebenbürger Sachse das dortige deutsche Kulturerbe sowie das kulturelle Leben der Minderheit vorstellen zu dürfen.

Die Anwesenheit vieler Staatssekretäre, Vertreter der Bundes- und Landesministerien, Abgeord-

neten und Funktionsträger in den im Vertriebenenbereich tätigen wissenschaftlichen Instituten und Museen beweise das überparteiliche Engagement und Ansehen des Bundes der Vertriebenen.

Herzlich willkommen hieß der BdV-Präsident auch die anwesenden Vertreter der deutschen Minderheiten aus dem Ausland.

In mancher Hinsicht sei seiner Ansicht nach noch mehr Unterstützung für die vom Verband vertretenen, vielfach die gesamte Gesellschaft betreffenden Anliegen nötig. „Ja, wir brauchen Freunde!“, bekannte Fabritius freimütig, erklärte aber falschen Alternativen oder Augenwischereien eine Absage.

Marc-P. Halatsch/BdV



Jahresempfang des BdV 2019 mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel



Großes Interesse am BdV-Jahresempfang. Im Bild: Dr. Bernd Fabritius bei seiner Begrüßungsrede (Fotos: BdV/Bildkraftwerk)

Einladung „Stuttgarter Gespräch“ – am Vorabend des Weltflüchtlingstages (19.6.) in Stuttgart-Bad Cannstatt

Wie in den Vorjahren lädt die Union der Vertriebenen und Flüchtlinge in der CDU Baden-Württemberg (UdVF) im Anschluss an die Gedenkfeier am 19.6. von 18.00 – 19.30 Uhr zum „Stuttgarter Gespräch“ mit Minister Peter Hauk MdL, Bischöflichen Flüchtlingsbeauftragten der Diözese Rottenburg Stuttgart Ludwig Rudloff, UdVF und BdV-Landesvorsitzende Iris Ripsam und als Moderator Philipp Bürkle, Landesvorsitzender der jungen Union Baden-Württemberg in den großen Kursaal, Saal 2 des Kurhauses ein.

Prag: Feier der deutschen Minderheit zum Tag der deutschen Einheit im Kuppelsaal der deutschen Botschaft

Die deutsche Minderheit in Tschechien vergewisserte sich in der Deutschen Botschaft Prag ihrer Identität und erinnerte an den Sommer 1989.

Das hatte die Deutsche Botschaft in Prag lange nicht erlebt. Zwei Zigaretten entzündete die Sängerin Renata Drössler zu zwei ihrer Lieder zum Auftakt ihrer Frühjahrsstournee. „Dafür musste extra ein Sicherheitsbeamter

deutsche Minderheit und fügte hinzu: „Dass die Minderheitenkonferenz im Außenministerium stattfinden kann, ist nicht selbstverständlich. Das ist Ihr Verdienst und damit gebührt Ihnen großer Dank.“

Der Dank ist berechtigt. Denn das Ansehen der deutschen Minderheit fördert unmittelbar auch eine positive Haltung der tschechischen Bevölkerung gegenüber Deutschland, so der Bundesbeauftragte weiter. „In dem zusammenwachsenden Europa sind Sie die Brücke zwischen Deutschland und Tschechien. Sie tragen so sehr glaubwürdig zum europäischen Einigungsprozess bei“, sagt Fabritius wenige Wochen vor den Europawahlen.

Jahrestag des Falls des Eisernen Vorhangs

„An diese Ereignisse möchte die Botschaft in diesem Jahr mit einem großen Fest am Nachmittag und Abend des 28. September erinnern“, lud Botschafter Christoph Israng ein. Viele Flüchtlinge aber auch Fluchthelfer von damals werden anwesend sein. Erinnert wir übrigens auch auf dem Bahnhof Prag-Lieben (Liben), von wo damals die Botschaftsflüchtlinge ihre Zugreise über die DDR in die Bundesrepublik antraten.

Was alles durch die Samtene Revolution auch für die deutsche Minderheit möglich wurde, präsentierten ihre Vertreter in mehrere Referaten. Dazu gehörten übrigens auch die Freunde von der karpatendeutschen Minderheit in der Slowakei unter Leitung ihres Vorsitzenden Ondrej Pöss und des Leiters der Karpatendeutschen Stiftung Jan König.

Am Ende des Tages gab es auch einen Abschied. Dieter Fuchsenthaler vom Kulturreferat der Botschaft, der die letzten vier Jahre eng mit der deutschen Minderheit zusammengearbeitet hat, verabschiedete sich in den Ruhestand. Aber zum Abschied gehört auch Wiedersehen. Der Bundesbeauftragte Bernd Fabritius, der in seiner erst kurzen Amtszeit schon dreimal die deutsche Minderheit in Tschechien besuchte, versprach: „Ich will noch sehr häufig mehr als dreimal kommen.“

Steffen Neumann/Karpatenblatt



Kuppelsaal der Deutschen Botschaft in Prag

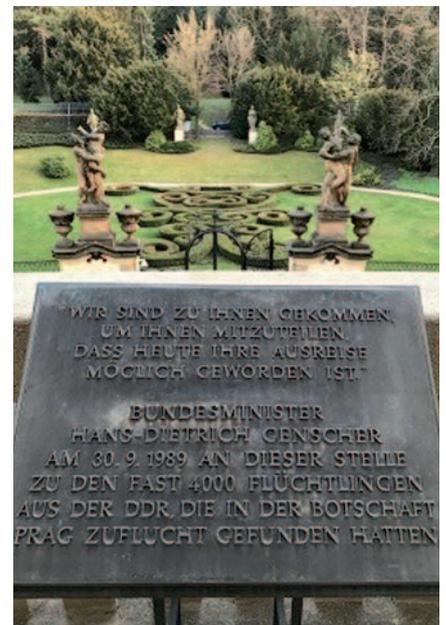
anwesend sein. Und auch sonst war das ein denkwürdiger Auftritt“, sagte Markus Klinger, der Leiter des Kulturreferats der Deutschen Botschaft. Lautstarke Konzerte und Fußballspiele gab es schon im Garten des Palais Lobkowitz, aber eine rauchende und leidenschaftliche Diva im historischen Kuppelsaal war ein Novum.

Fünfsprachiges Konzert

Das Konzert war nicht nur ein gelungener Abschluss des Treffens der deutschen Minderheit. Der Auftritt der mehrsprachigen Sängerin war bewusst gewählt. In fünf Sprachen sang sie sich durch ihr Programm und lebte so vor, worüber die Minderheit bei ihrem zweijährigen Treffen den Tag über reflektiert hatte. Es ging um nicht weniger als „Identität und Freiheit - Deutsche in Mitteleuropa 30 Jahre nach Mauerfall und Samtener Revolution“. Die Mehrsprachigkeit und Vielheit in der Identität der Deutschen in Tschechien ist ein prägendes Merkmal, worauf auch der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten Bernd Fabritius einging. „Sie bekennen sich zur tschechischen Gesellschaft. Sie genießen ein ganz erhebliches Ansehen. Das wird auch von offizieller Seite in der Tschechischen Republik so gesehen“, wandte sich Fabritius an die

Zusammentreffen der deutschen Minderheit

Seit 2013 finden die Treffen immer im Wechsel zu der ebenfalls zweijährigen Minderheitenkonferenz in der Botschaft statt und sind zu einer guten Tradition geworden. Wie wichtig so eine Zusammenkunft für die deutsche Minderheit ist, unterstrich ihr Präsident Martin Dzingel: „Unsere Projektarbeit findet ja in den Regionen statt, weshalb ein Treffen für uns von sehr großer Bedeutung ist.“ Rund 100 Vertreter aus den Verbänden der Landesversammlung wie auch vom Kulturverband sind der Einladung gefolgt. Sie wurden an die historischen Ereignisse erinnert, die sich vor 30 Jahren genau an dem Ort der Botschaft ereigneten und in die friedliche Revolution in Ostdeutschland wie auch die Samtene Revolution in der Tschechoslowakei mündeten. Von jenem Balkon, der sich an den großen Kuppelsaal anschließt, sprach der damalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher zu fast 4000 Verzweifelten, die unter schwierigen Bedingungen auf dem Botschaftsgelände ausharrten, die erlösenden Wort: „Wir sind zu Ihnen gekommen, um Ihnen mitzuteilen, dass heute Ihre Ausreise möglich geworden ist.“ Der letzte Teil des Satzes ging im frenetischen Jubel unter.



Gedenkplatte in Löcknitz

„Ein historisches Verbrechen“

Nationaler Gedenktag: Ungarn gedenkt der Vertreibung und Verschleppung der Deutschen

Die ungarische Regierung teilt das Leid der lokalen Gemeinschaften, deshalb wird die zentrale Gedenkfeier am Tag der Vertreibung und Verschleppung am 19. Januar immer in einem anderen Ort veranstaltet, sagte der stellvertretende Ministerpräsident Zsolt Semjen beim diesjährigen Staatsakt. Nach Schaumar, Wudersch, Bogdan, Ödenburg und Bohl war heuer die Kleinstadt Elek Ort des Gedenkens.

Im von Bischof Laszlo Kiss-Rigo (Szegedin-Tschanad) zelebrierten Gedenkgottesdienst in der Eleker katholischen Kirche wirkte der örtliche Chor mit deutschen Kirchenliedern mit. Die Liedertexte wurden an eine Leinwand

projiziert, zwischendurch wurden Fotos über die Einwaggonierung der Deutschen gezeigt. Der Bischof meinte, man müsse der Verschleppung und Vertreibung der Eleker Deutschen gedenken, damit eine solche niederträchtige Tat nie wieder geschehe.

Als historisches Verbrechen bezeichnete der stellvertretende Ministerpräsident Zsolt Semjen die Verschleppung und Vertreibung der Deutschen, das einer Volksgruppe zugefügt wurde, die seit Jahrhunderten organischer Bestandteil der ungarischen Geschichte, des ungarischen Staates sei. Der stellvertretende Ministerpräsident wies in seiner Rede unter anderem darauf hin, dass die offizielle Les-

art „Aussiedlung“ eigentlich die Brandmarkung, die Entwürdigung, Enteignung und Vertreibung bedeute.

Semjen legte anschließend am Denkmal der Vertreibung einen Kranz des Gedenkens nieder. Weitere Kränze legten Olivia Schubert, Vorsitzende der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, Emmerich Ritter, Parlamentsabgeordneter der Ungarndeutschen, Joschi Ament, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Ungarn - dessen Familie aus Elek vertrieben wurde - und der deutsche Botschafter Volkmar Wenzel sowie zahlreiche weitere Persönlichkeiten nieder.

Joschi Ament

Gerhardsbote April 2019

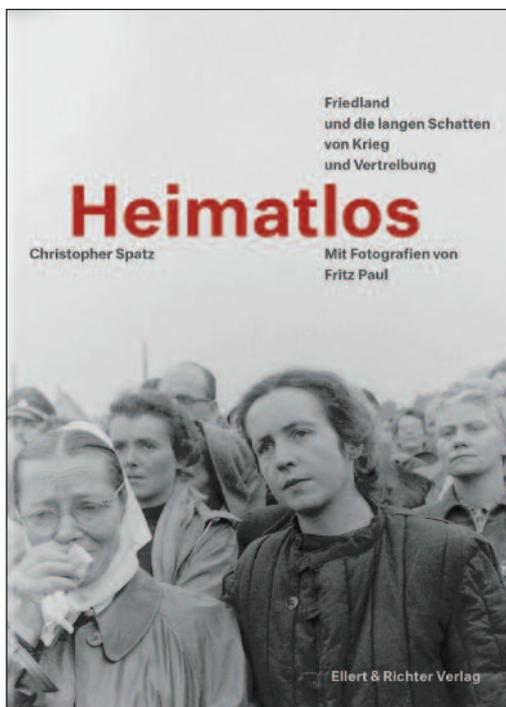
Buchvorstellung

Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung

Christopher Spatz

Millionen Menschen querten die innerdeutsche Grenze von Ost nach West und passierten ab September 1945 das niedersächsische Grenzdurchgangslager Friedland. Sie kamen aus dem Kommunismus in den Kapitalismus, aus einer fremdgewordenen Heimat in eine ungewisse Zukunft. Für die Eintreffenden bedeutete das Lager ein Durchatmen, aber auch Abschied und Endgültigkeit. Empfangen wurden sie im Zeichen selbstloser Hilfsbereitschaft. Das Presseecho war enorm, die Symbolik verbindend. Getriebenheit, Verelendung und Rührseligkeit, Tod und Neuanfang bildeten hier ein verstörendes Nebeneinander.

Zahlreiche Aufnahmen des Fotoreporters Fritz Paul, viele davon bislang unveröffentlicht, bieten überraschende Blicke auf die Vertriebenen, Zivilverschleppten, Heimkehrer und Aussiedler der 1950er-Jahre. Was bedeutet es, entwurzelt zu sein? Wie erlebt und empfindet man das Ankommen in einem neuen System? Christopher Spatz, Jg. 1982 und ein Experte auf dem Gebiet der Vertreibung (zuvor erschien „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben.“) erzählt von dem entscheidenden Moment des



Weltenwechsels und den Facetten der Heimatlosigkeit.

Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung – 2018 erschienen, 224 Seiten mit 88 Abbildungen, 1 Karte, Preis: 19,90 € (D), 20,60 € (A) zuzüglich Versandkosten ISBN 978-3-8319-0728-1 Ellert & Richter Verlag, D Hamburg Kontakt: info@ellert-richter.de

Beuthen/Oberschlesien Unbequemer Museumsleiter muss gehen

Offiziell am 31. März, faktisch aber schon am 28. Februar verlor Leszek Jodlinski den Posten des Direktors des Oberschlesischen Museums zu Beuthen. Der Marschall der Woiwodschaft Schlesien, Jakub Chelstowski, von der PiS-Partei (Recht und Gerechtigkeit), dem die Einrichtung unterstellt ist, warf Jodlinski Misswirtschaft vor. Überdies stehe der Direktor im ständigen Konflikt mit seinen Mitarbeitern, so die Begründung der regionalen Regierung.

In den national gesinnten Kreisen machte sich Leszek Jodlinski unbeliebt, weil er in seiner Arbeit stets bemüht war, die deutsche Vergangenheit Oberschlesiens zu berücksichtigen. 2013 wurde er von national-konservativen Politikern für sein Konzept der Dauerausstellung zur Geschichte Oberschlesiens für das Schlesische Museum Kattowitz stark kritisiert. Er wolle die Geschichte der Region aus deutscher Perspektive zeigen, unterstellten neben Sympathisanten der PiS auch die Regionale Führung der liberalen Bürgerplattform.

Deutschland würdigt geschassten Museumsleiter

Für seine bedeutsamen Verdienste um die deutsch-polnische Zusammenarbeit erhielt Seszek Jodlinski am 19. März 2019 die Dankurkunde des deutschen Botschafters Rolf Nikel.

„Beobachter und Begleiter der Historie seiner Gegenwart“ Zum Tode von Arnulf Baring

67 Jahre waren seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und dem Einmarsch der Roten Armee in Deutschland vergangen. Doch als Arnulf Baring sich am 31. Mai 2012 im Berliner Kronprinzenpalais aus dem Publikum zu Wort meldete, klangen noch immer Ergriffenheit und Erschütterung aus seiner Stimme, als er von den Erlebnissen der Berliner Zivilbevölkerung - namentlich seiner eigenen Mutter - in den letzten Kriegstagen 1945 berichtete, deren Zeuge er als fast 13-Jähriger geworden war.



Arnulf Baring

Wer - wie der Verfasser dieser Zeilen - im Frühling 2012 Arnulf Baring als diskussionsfreudigen Gast einer Begleitveranstaltung zur Ausstellungstrilogie HeimatWeh der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen (ZgV) erlebte, der hörte folglich nicht nur den renommierten Zeithistoriker, sondern zugleich den persönlich betroffenen Zeitzeugen. Die Podiumsdiskussion befasste sich mit dem lange tabuisierten Thema der Massenvergewaltigungen am Ende des Zweiten Weltkriegs. Über die vergangenen Jahrzehnte hinweg war es für Angehörige der Flakhelfergeneration nicht üblich, Emotionen, Betroffenheit zu zeigen - gerade wenn es um das selbst Erlebte ging.

Arnulf Baring tat dies in bewegender Weise - und gab dabei zugleich Einblick in das Innere eines der prononciertesten Intellektuellen der Bonner und Berliner Republik; denn die persönliche Involviertheit zeichnete Arnulf Baring aus: Zum einen die Involviertheit dessen, der den Untergang des Dritten Reichs sowie den demokratischen Neuanfang der Bundesrepublik erlebte, während sich seine Heimatstadt Dresden unter kommunistischer Gewaltherrschaft befand; zum anderen die Involviertheit dessen, der als politischer Kopf - zunächst Sozialdemokrat, dann parteilos - in der öffentlichen Debatte nie den Streit scheute, mit Deutschland rang, an Deutschland litt.

Dabei war Barings Perspektive nie eine national verengte: Bereits sein Studium der Rechts- und Politikwissenschaften führte ihn nicht nur an deutsche Hochschulen, sondern ebenso nach New York und Paris. Und in Berlin,

wo er von 1969 bis 1998 als ordentlicher Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität wirkte, befand er sich an einem Brennpunkt internationaler Politik. Unter diesen Bedin-

gungen dachte er Deutschland stets im Kontext westlicher - aber ebenso östlicher - Politik. „Arnulf Baring, der Zeit seines Berufslebens auch Journalist war und sich vor allem als Staatsbürger verstand, hat von Deutschland stets geredet, als sei es seine Familie“, er-

innert sein Schüler Peter Carstensen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: „Mal besorgt, mal erfreut über gewisse Fortschritte im Umgang mit den Verwandten, stets aber ermunternd und fordernd, wenn es um Rolle und Verantwortung der Bundesrepublik in der Welt ging.“

Die Verbindung von klarsichtiger politisch-zeithistorischer Analyse und dem persönlichen Eintreten für hieraus als richtig erkannte Überzeugungen zeigt sich im Besonderen an Arnulf Barings Verhältnis zum Osten Europas - den der Hochschullehrer regelmäßig mit seinen Studenten bereiste. In der Regierungszeit Willy Brandts unterstützte Baring diesen ebenso wie dessen neue Ostpolitik. Später setzte er dieser Zeit mit seinem Buch Machtwechsel. Die Ära Brandt-Scheel ein Denkmal. Die Einsicht in die Notwendigkeit einer Verständigung und Versöhnung mit dem Osten verstellte Baring jedoch nicht den Blick auf die Notwendigkeit eines angemessenen Gedenkens auch der deutschen Weltkriegsopfer - zumal derjenigen von Flucht und Vertreibung.

Entsprechende Defizite in Geschichtspolitik und Erinnerungskultur aufzuzeigen, wurde Baring,

zumal in den letzten Jahren seines Schaffens, nicht müde. Nur folgerichtig würdigte ihn der Vorsitzende des ZgV, Dr. Christean Wagner, als „eine wichtige Stimme an der Seite der Heimatvertriebenen“. Baring war nicht nur ein gern gesehener Gast und Redner bei Veranstaltungen des Bundes der Vertriebenen und seiner Mitgliedsverbände. Zudem gehörte er zu den prominenten Unterstützern des ZgV und trat auch in der breiteren Medienöffentlichkeit, wie etwa im Fernsehen, als Mahner in Erscheinung. „Ihm war es wichtig“, so Wagner, „die Vertreibung nicht als partielles Schicksal der deutschen Vertriebenen zu sehen, sondern als kollektiven Verlust von Räumen und Seelenlandschaften, in denen Deutsche Jahrhunderte zu Hause waren: Vertreibung und Heimatverlust als eine Verlusterfahrung nicht nur der Vertriebenen, sondern des ganzen Volkes.“

Zu dem Elan, mit dem sich Baring in öffentliche Debatten einbrachte, gehörte die Neigung, bisweilen „übers Ziel hinaus“ zu schießen, wie Carstensen konstatiert, - auch in der Diskussion um Flucht und Vertreibung. Doch gilt auch hier, woran Carstensen festhält: Bei „aller Kritik, die er übte, war sie stets doch getrieben von großer Zuneigung zu den Institutionen und Personen, die in Nachkriegsdeutschland Geschichte ausmachten. Der detaillierte Blick zurück ins Dritte Reich hat ihn auch als Hochschullehrer weniger interessiert. Er wusste um die Bürde der Vergangenheit, trug sie mit. Doch lieber war er Beobachter und Begleiter der Historie seiner Gegenwart.“

Am 2. März ist Arnulf Baring in Berlin gestorben. Tilman Asmus Fischer



25 Jahre Haus der Heimat in Stuttgart mit Festredner Arnulf Baring am 17.9.2001 / 1. Reihe von r.n.l.: Bundestagsabgeordnete Reinhardt (Stuttgart), Frau Dr. Voss-Schulte MdL (CDU), Leiter des Hauses der Heimat, Dr. Krauss, Prof. Dr. Baring, Staatssekretär Rech, BdV-Landesvorsitzender Tölg (Foto: Archiv BdV)

Wir Kinder der Gewalt

Wie Frauen und Familien bis heute unter den Folgen der Massenvergewaltigungen bei Kriegsende leiden

»Die Männer und Frauen, die ich für dieses Buch interviewt habe, haben sich bei mir von sich aus gemeldet, um vom Leben ihrer Mütter, ihrer realen und imaginierten Väter und ihren eigenen Werdegängen zu erzählen. Mir war es wichtig, ihre individuellen Geschichten in den Vordergrund zu stellen und als Ganzes stehen zu lassen, anstatt nur einzelne Aussagen zur Illustration bestimmter Gesichtspunkte zu verwenden.

So wechseln sich in diesem Buch ausführliche Falldarstellungen mit allgemeineren Quellen ab, die bei der historischen Einordnung des Einzelfalls in das Große und Ganze helfen sollen. Auf diese Weise werden die individuellen Spuren der Gewalt in die Geschichte Nachkriegsdeutschlands eingebettet, was uns davor bewahrt, alles über einen Kamm zu scheren und anachronistisch auf Phänomene zu reagieren, die wir uns heute so nicht mehr vorstellen können, die aber damals fast schon normal waren.«

Krieg verdunkelt das Leben der Menschen - nicht nur ein Menschenleben lang, sondern über Generationen hinweg. Manche Nachwirkungen des Zweiten Weltkriegs können erst heute beleuchtet werden, denn Schuld und Leiden waren damals so eng miteinander verknüpft, dass erst, nachdem sich die Deutschen der historischen Verantwortung für den Zivilisationsbruch gestellt hatten, das professionelle und kollektive Erinnern und Betrauern der eigenen Gewalterfahrung einsetzen konnten. Das Trauma der Bombennächte, die Schrecken der Vertreibung und Flucht, der Verlust von Familienangehörigen werden erst seit der Wiedervereinigung systematisch aufgearbeitet. Seitdem die Generation der »Kriegskinder« in die Lebensphase gekommen ist, in der biografisch Bilanz gezogen wird, macht sich die Geschichtswissenschaft zunehmend Gedanken über die psychischen Kosten des Krieges für die Erlebnisgeneration und seit Kurzem auch verstärkt für deren Nachkommen.

In den zehner Jahren unseres Jahrhunderts kehrte ein bis dahin fast vollständig verschüttetes Thema an die Oberfläche zurück – die Massenvergewaltigung durch die Sieger- und Besatzungstruppen in Deutschland.

Nach meiner Hochrechnung kam es zwischen Kriegsende 1945 und 1955, als die Besatzungszeit vorbei war, zu knapp 900 000 Vergewaltigungen durch Soldaten der siegreichen Armeen.

Nicht nur sowjetische Armeeghörige wurden am Ende des Zweiten Weltkriegs zu Vergewaltigern, alle vier Besatzungstruppen verübten massenhaft Verbrechen an deutschen Frauen. Die Opfer dieser sexuellen Kriegsgewalt rangen oft ein Leben lang mit seelischen Problemen, Kinder, die aus den Vergewaltigungen hervorgingen, wurden quasi mit einer Erbschuld geboren, Familien litten vielfältig unter der belastenden Vergangenheit.

Anhand bewegender Fallgeschichten zeigt Miriam Gebhardt, welch tiefe Spuren die massive Gewalterfahrung in den Jahren von 1945 – 1955 in der deutschen Gesellschaft hinterlassen hat. Oft bestimmte das Kriegsende ein Familienschicksal, das bis in die heute erwachsene Enkelgeneration nicht überwunden ist.

„Dieses aufsehenerregende Buch schildert, dass die gängige Formel – Russen waren Vergewaltiger, Amerika-

ner Befreier – keiner wissenschaftlichen Prüfung standhält (...) Erst jetzt entsteht das ganze Bild.“

ZDF „heute journal“

MIRIAM GEBHARDT ist Journalistin und Historikerin und lehrt als außerplanmäßige Professorin Geschichte an der Universität Konstanz. Neben ihrer journalistischen Arbeit, unter anderem für die Süddeutsche Zeitung, die Zeit und verschiedene Frauenzeitschriften, habilitierte sie sich mit einer Arbeit über Die Angst vor dem kindlichen Tyrannen. Eine Geschichte der Erziehung im 20. Jahrhundert (2009). Sie ist Autorin mehrerer Bücher, darunter Rudolf Steiner. Ein moderner Prophet (2011) sowie Alice im Niemandsland. Wie die deutsche Frauenbewegung die Frauen verlor (2012). Ihr Bestseller Als die Soldaten kamen (2015) über

die Vergewaltigung deutscher Frauen am Ende des Zweiten Weltkriegs wurde breit besprochen und in mehrere Sprachen übersetzt. Miriam Gebhardt lebt in Ebenhausen bei München.

Deutsche Verlagsanstalt
ISBN 978-3-421-04731-1



Das Leitwort zum Tag der Heimat 2019 lautet:

**„Menschenrechte und Verständigung
– Für Frieden in Europa“**

**67. BdV-Landesverbandstag
am Samstag, den 01. Juni 2019
mit Neuwahlen
im Haus der Heimat in Stuttgart**

Geschichte hat kein Recht auf Vergessen

Gedenkfeier der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Stuttgart

Der 4. März 1919 ist ein markantes Datum in der Geschichte der Sudetendeutschen. An diesem Tag demonstrierten in sieben Städten des Sudetenlandes die Sudetendeutschen für ihr Selbstbestimmungsrecht. Mit militärischer Gewalt der tschechischen Armee fanden die friedlichen Demonstrationen ein Ende und forderten 54 Todesopfer und zahlreiche Verletzte unter der deutschen Bevölkerung.

Zum 100. Jahrestag dieses historischen Ereignisses, gedachten die Sudetendeutschen in einer Feierstunde im Haus der Heimat in Stuttgart den Opfern und erinnerten so auch an das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Unter den zahlreichen Besuchern, die der Einladung zur Feierstunde zum Gedenken an den 4. März 1919 gefolgt waren, konnte der Landesobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft Baden-Württemberg, Klaus Hoffmann, auch wieder eine große Anzahl von Ehrengästen begrüßen.

Ein besonderer Gruß galt dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, dem Europaabgeordneten Rainer Wieland, der in der von Matthias Kinzler, Gerlind Preisenhammer und Johann Riepe musikalisch umrahmter Feierstunde, die Gedenkrede hielt.

Nachdem Landesobmann Klaus Hoffmann in seinen Eingangsworten bereits auf die geschichtlichen Umstände, die zu den Ereignissen des „4. März 1919“ geführt hatten, kurz eingegangen war und die Feierstunde zu einer Demonstration für Frieden und Freiheit erklärte, beleuchtete Gedenkredner Rainer Wieland in seiner Ansprache die Ereignisse des 4. März 1919 im europäischen Kontext.

Dabei machte der Christdemokrat auch deutlich, dass die heutigen Generationen von der Geschichte der Vergangenheit nicht mehr betroffen seien, jedoch das Geschehene nicht in Vergessenheit geraten darf. „Geschichte hat kein Recht auf Vergessen“, so der Europapolitiker, der in diesem Zusam-

menhang den Besuch von historischen Gedenkstätten empfahl, wo Geschichte besonders emotional und hautnah erlebt und vermittelt werde.

Natürlich ging Rainer Wieland in seiner Gedenkrede auch auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker ein, für das die Sudetendeutschen am 4. März 1919 demonstriert hatten, vertrauend auf das 14-Punkte-Programm des amerikanischen Präsidenten Woodrow Wilson vom Januar 1918, wo es unter Punkt 10 heißt, dass „den Völkern Österreich-Ungarns, deren Platz unter den Nationen wir geschützt und gesichert zu sehen wünschen, die freieste Gelegenheit zu autonomer Entwicklung zugestanden werden soll“. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker sei selbstverständlich ein wertvolles Grundrecht, doch bleibe es ein zweischneidiges Schwert, so der überzeugte Europäer. So wird es nach Meinung von Rainer Wieland immer einen Grundkonflikt zwischen einer nach innerstaatlicher

Rechtsordnung geregelten Entwicklung eines Landes und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker geben und benannte dabei die Entwicklung in Spanien mit Katalonien und in Großbritannien mit Irland, wo infolge des Brexit der „grünen Insel“ wieder unruhige Zeiten wie in der Vergangenheit drohen könnten.

Dabei empfahl der Europapolitiker der deutschen Politik, bei internationalen Konflikten in Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker stets beratend in Erscheinung zu treten. Rainer Wieland, der wegen der noch gültigen Benes-Dekrete gegen den Beitritt Tschechiens zur Europäischen Union stimmte, betonte dabei auch, dass das Recht die Macht habe und nicht die Macht das Recht. Deshalb müsse manche geschichtliche Entwicklung der vergangenen 30 Jahre auch unter dem Blick des Grundkonflikts zwischen den Interessen der betroffenen Staaten und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker gesehen werden.

Jedes Land in Europa habe seinen Platz auf der Landkarte und kein Land ist etwas Besseres als wie das Andere, doch jedes Land sei etwas Besonderes, so der Europapolitiker Rainer Wieland zum Abschluss seiner Gedenkrede, der damit dem aufkeimenden Nationalismus in Europa eine klare Absage erteilte und in einem gesunden Patriotismus die Zukunft der Europäischen Union sieht.

Helmut Heisig



Feierstunde der Landesgruppe Baden-Württemberg der Sudetendeutschen Landsmannschaft zum Jahrestag des „4. März 1919“ am 10. März 2019 im „Haus der Heimat“ in Stuttgart: Gedenkredner Rainer Wieland MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments.



V.l.: Paul Nemeth MdL, der CDU-Fraktionsvorsitzende, Stadtrat Alexander Kotz, Oberbürgermeister Dr. Frank Nopper, die Landesvorsitzende des Bundes der Vertriebenen, Stadträtin Iris Ripsam MdB a.D., Gedenkredner Rainer Wieland MdEP und Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Landesobmann Klaus Hoffmann, Konrad Epple MdL, Dr. Christiane Meis, der Sprecher der Südmährer, Franz Longin MdL a.D., SL-Kreisobfrau Waltraud Illner und der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der Sing-, Tanz- und Spielkreise e.V. und des Landesverbandes der Heimat und Trachtenverbände in Baden-Württemberg e.V., Reinhold Frank.

Fotos: Helmut Heisig

Die Besiegten – Das blutige Erbe des Ersten Weltkriegs

„Die Besiegten“ lautet der Titel einer kürzlich erschienenen 348 Seiten umfassenden Darstellung des Ringens um das Erbe der zerbrechenden Reiche am Ende des Ersten Weltkriegs.

Autor ist der heute am University College in Dublin lehrende Historiker Robert Gerwarth.

Robert Gerwarth zeigt anschaulich und packend, wie die nicht enden wollenden Kämpfe der Zwischenkriegszeit nicht nur Millionen Menschenleben kosteten, sondern auch unter den Überlebenden ein explosives Erbe hinterließen: Schwache Staaten, traumatisierte und hasserfüllte Bevölkerungsgruppen sowie Politiker und Militärs, die nur auf die nächste Gelegenheit warteten, um Rache zu üben.

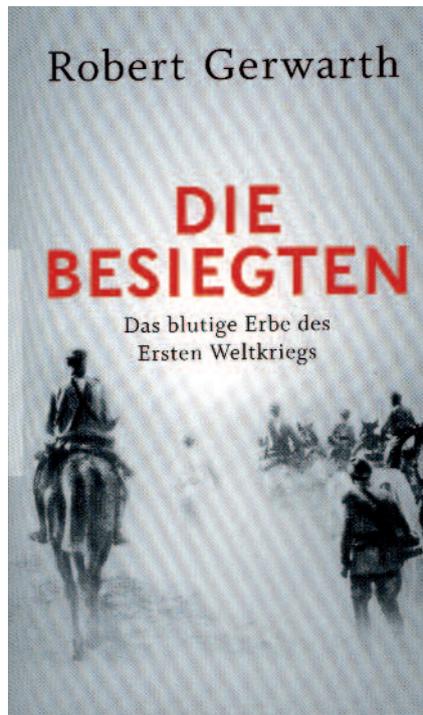
Hier einige Auszüge zu uns besonders bewegenden geschichtlichen Abläufen

Allen war klar, dass der Zusammenbruch Russlands, Deutschlands und Österreich-Ungarns die einzigartige historische Gelegenheit bot, den polnischen Staat neu zu erschaffen, der seit dem späten 18. Jahrhundert nicht mehr existierte. Doch wo genau sollten die Grenzen des neuen Polen verlaufen? Die des alten polnischen Staates hatten sich wiederholt verändert, und nach den Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts war er vollständig von der Landkarte verschwunden.

Im März 1921 wurde der Vertrag von Riga unterzeichnet, der Polen Teile Weißrusslands und der Ukraine zusprach. Mit diesen Gebieten wurden der ohnehin komplexen ethnischen Zusammensetzung Polens weitere Minoritäten hinzugefügt: Rund vier Millionen Ukrainer sowie eine Million Weißrussen lebten fortan unter der Herrschaft Warschaws, und die jüdische Gemeinde Polens wuchs durch die neuen Grenzziehungen um zwei Millionen Menschen. Ruhe und Frieden kehrten mit dem Vertrag von Riga nicht ein.

Die Strategie, mit gewaltsamen Landnahmen den alliierten Entscheidungen zuvorzukommen, wandten nicht nur die Polen an. Bis Sommer 1919 - und in manchen Fällen sogar darüber hinaus - suchten sämtliche Nachfolgestaaten des Habsburgerreiches ihre Grenzen mit militärischen Mitteln zu erweitern und auf diese Weise neue »Realitäten« zu schaffen. Allenthalben und speziell in den um-

strittenen Randgebieten sorgten irreguläre Milizen oder neu entstehende Nationalarmeen – »nationalisiert« durch imperiale Zusammenbrüche und soeben erst erfolgte Grenzverschiebungen - mit Gewalt für neue Tatsachen. Die junge Tschechoslowakei etwa entsandte gleich nach Kriegsende Truppen ins mehrheitlich deutsch besiedelte Sudetenland - unter lautstarken Protesten der deutschen Minderheit, Österreichs und Deutschlands. Hier endete die bewaffnete Ge-



bietsicherung mit einem Massaker, bei dem 54 Sudetendeutsche, darunter Frauen und Kinder, getötet und mehr als 1000 verletzt wurden, als tschechoslowakische Soldaten am 4. März 1919 das Feuer auf unbewaffnete Demonstranten eröffneten.

Im Mai 1919 spielten solche Legionäre eine unrühmliche Rolle bei den Plünderungen deutscher und jüdischer Geschäfte und Wohnhäuser in Prag.

Die größten und am heftigsten umstrittenen Gebietsabtretungen musste Deutschland im Osten hinnehmen. Die Schaffung des neuen polnischen Staates bedeutete für das Reich den Verlust der Provinz Posen (Poznan), fast ganz Westpreußens sowie von Teilen der oberschlesischen Kohlereviere. Die an der Weichselmündung gelegene Hafenstadt Danzig mit ihrer überwiegend deutschen Bevölkerung

erhielt den Status einer »Freien Stadt« unter nomineller Kontrolle des neu gegründeten Völkerbunds. Um den Polen den Zugang zum Meer zu verschaffen, den Wilson ihnen versprochen hatte, schufen die Alliierten einen »Korridor«, der Ostpreußen vom Rest des Deutschen Reiches trennte.

Für einige Gebiete sahen die Alliierten Volksabstimmungen vor, in denen die Einwohner der betroffenen Regionen selbst entscheiden durften, zu welchem Staat sie gehören wollten. Das wichtigste dieser Plebiszite fand im kohlereichen Oberschlesien statt, einem der drei umkämpften, ethnisch gemischten deutschen Grenzgebiete, die im Vertrag Erwähnung fanden (bei den anderen handelte es sich um Nordschleswig und die kleinen Distrikte Allenstein und Marienwerder, wo Polen und Deutsche Seite an Seite lebten).¹¹⁹ Aufgrund seiner Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie war Oberschlesien für Berlin wie für Warschau von großer Bedeutung. Fast ein Viertel der jährlichen deutschen Kohleförderung sowie 81 Prozent seiner Zink- und 34 Prozent der Bleigewinnung steuerten schlesische Minen bei. Die deutschen Ansprüche waren nicht von der Hand zu weisen, da die Bevölkerung Oberschlesiens überwiegend deutsch war und das Gebiet seit Jahrhunderten zu Deutschland gehörte. In einer Protestnote wies die Regierung überdies darauf hin, dass der Reichtum der Provinz gänzlich auf deutschem Fleiß und deutschem Kapital beruhe. Sollte Deutschland Oberschlesien verlieren, sei das Land nicht in der Lage, die Bedingungen des Friedensvertrags zu erfüllen.

Das Referendum, das von massiven gewalttätigen Übergriffen beider Seiten begleitet war, wurde am 20. März 1921 abgehalten, die endgültige Entscheidung über die neue deutsch-polnische Grenze erfolgte aber erst im Oktober 1921 durch den Obersten Rat der Pariser Friedenskonferenz. Dieser verabschiedete eine Teilung, nach der Polen ein Drittel des oberschlesischen Gebiets mit 43 Prozent der Bevölkerung zugestanden wurde, darunter die Städte Kattowitz (Katowice) und Königshütte (Chorzow), die beide mit überwältigender Mehrheit für den Verbleib bei Deutschland gestimmt hatten, sowie vier Fünftel des Industriedreiecks im Osten. In weiten Teilen Deutschlands wurde diese Regelung als Akt der Siegerjustiz gebrandmarkt.

Wann werden die Sudetendeutschen von der Prager Regierung hochhoffiziell hören, dass die Vertreibung eine historische Sünde war? Wann werden demzufolge die Benesch-Denkmäler entfernt und seine Dekrete abgeschafft? Wann werden die Deutschen in den tschechischen Schulbüchern als organischer und untrennbarer Teil der böhmischen und mährischen Geschichte dargestellt?

Der Brünner Stadtrat hat 2015 einige mutige erste Schritte getan. In Mähren ticken die Uhren immer schon anders als in Böhmen. Aber Prag ist nicht Brünn. Und in Tschechien spielt die Musik in Prag. Es liegt noch ein langer steiniger Weg vor der tschechischen Regierung in Prag.

Rudolf Landrock
Bundesvorsitzender
der BRUNA

Prager Nein zu 4. März-Briefmarke

Heimatverbliebene Landsleute der Bohemia Troppau sind mit ihrem Versuch gescheitert, die tschechische Post zu einer privaten Briefmarke zu bewegen, die an das Geschehen am 4. März 1919 erinnert. Das staatliche Unternehmen bietet grundsätzlich die Möglichkeit, gegen Entgelt solche Marken herauszugeben. Sie müssen bestimmten technischen Anforderungen entsprechen.

Die Kommission in Prag „hat das Recht angewandt, ohne Grundangabe die Herausgabe dieser Briefmarke nicht zu empfehlen“.

Karlsbader Zeitung 5/2019

Berliner Schloss Vollenden wir alle in diesem Jahr das große Werk!

Als ich im August letzten Jahres den fast vollendeten Schlüterhof betrat, seine Dimensionen erfasste, war mir sofort klar: Hier entsteht etwas Großes. Die Sichtachse zur Museumsinsel offenbarte mir, was für ein einzigartiges Ensemble von Häusern grandioser Kunstwerke die Mitte Berlins bestimmen wird. Ein Magnet für die Besucher der deutschen Hauptstadt, ein starkes Symbol für das wiedervereinigte Deutschland, aber auch ein exzellentes Forum für den weltgeschichtlichen Geist, wie er von den Brüdern Wilhelm und Alexander von Humboldt so exemplarisch vorgelebt wurde.

Prof. Dr. Hubert Burda, Berliner Schloss – Extrablatt Nr. 91 April 2019



Die Schlossplatzfassade am 24. 3. 2019

5. Kulturtreffen der Nordost- deutschen Landsmannschaften am Samstag, 22. Juni 2019, 14.00 Uhr im Haus der Heimat in Stuttgart

Eine Million Euro weniger für die deutschen Minderheiten

Die zur Verfügung stehenden Mittel der Auslandsvertretungen und Mittlerorganisationen für die Projektförderung der deutschen Minderheiten aus dem Haushalt des Auswärtigen Amtes werden noch im laufenden Jahr um 1 Million Euro gekürzt. Ein Grund dafür liegt bei der Entscheidung, die 25% des zur Verfügung stehenden Budgets für die Förderung der deutschen Minderheiten von insgesamt 4 Millionen Euro als Haushaltsvorsorge im Jahr 2019 zu behalten und die Summe vorläufig nicht zu verteilen. Dies teilte die Leitung des zuständigen Referats des Auswärtigen Amtes den anwesenden Vertretern der AGDM, Ver-

tretern der Mittlerorganisationen (Goethe Institut, IfA, ZfA, Donauschwäbische Kulturstiftung des Landes Baden-Württemberg) und den Vertretern einzelner Auslandsvertretungen beim jährlichen Treffen zur Förderung der Deutschen Minderheiten am 13. Februar 2019 mit.

Der Sprecher der AGDM Bernard Gaida hat bereits während des Treffens seine Besorgnis und seinen Protest ausgesprochen. „Die Frage, die wir uns stellen, wenn wir solche Entscheidungen hören, ist die nach der Einstellung der deutschen Politik zu den deutschen Minderheiten, deren Unterstützung im Koalitionsprogramm

fest verankert ist. Vor allem wird diese Entscheidung sehr schwere Konsequenzen für die finanzielle Lage einzelner deutscher Minderheiten haben“, erklärte Gaida.

Quelle: AG Deutscher Minderheiten in der FUEN, agdm.fuen.org



Merkel-Besuch bei Deutschen in Rumänien wichtiges Zeichen der Wertschätzung

Fabritius für Gebrauch deutscher Städtenamen

Am Rande des EU-Gipfels in Hermannstadt (Rumänien) besuchte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB gemeinsam mit dem rumänischen Staatspräsidenten Klaus Johannis auch das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien – den Dachverband der dortigen deutschen Minderheit.

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, erklärt hierzu: „Dieser Besuch von Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Johannis ist ein wichtiges Zeichen des Beistandes und der Wertschätzung für die angestammte deutsche Minderheit in Rumänien. Gerade die Bundeskanzlerin beweist hier großes Feingefühl, war die deutsche Minderheit doch zuletzt Ziel einer regelrechten Verleumdungskampagne regierungsnaher Kreise in Rumänien.“

Diese Kampagne reichte von Diffamierungen Angehöriger der deutschen Minderheit als „Nazis“ über ähnliche Andeutungen im Hinblick auf die Evangelische Kirche A.B. in Rumänien bis hin zu einer Fotomontage des deutschstämmigen Staatspräsidenten Johan-

nis mit SS-Insignien und in Nazi-Uniform.

Fabritius wünscht sich, „dass solche Besuche und deutliche Zeichen der Verbundenheit deutscher Politiker mit den deutschen Minderheiten im Ausland zur Regel werden“ und erinnert etwa an das Treffen der Bundeskanzlerin mit Vertretern der deutschen Minderheit in Polen im Jahr 2017 und die Begegnung zwischen Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier und Vertretern der deutschen Minderheit in Polen 2018.

Deutliche Kritik übt der BdV-Präsident an der Berichterstattung der deutschen Medien über den EU-Gipfel, in der mit „Sibiu“ regelmäßig ausschließlich der rumänische Name der Stadt Hermannstadt benutzt wird. Fabritius hierzu: „Wenn eine ausländische Stadt einen deutschen Namen hat, sollte in der deutschen Berichterstattung auch dieser Name benutzt werden. Es existieren sogar offizielle Regelungen dafür. Niemand berichtet für das ZDF oder den Spiegel aus ‚Warszawa‘ oder ‚Bucuresti‘. Nur bei Städten, die früher

mehrheitlich deutsch besiedelt waren, scheint es diese journalistischen Verrenkungen immer wieder zu geben. Statt falsch verstandener Political Correctness wäre hier seitens der Medien etwas mehr Sensibilität für die eigene Sprache geboten.“



Bundeskanzlerin Angela Merkel und Staatspräsident Klaus Johannis besuchten das Demokratische Forum in Hermannstadt. In der Bildmitte sind der DFDR-Vorsitzende Dr. Paul-Jürgen Porr und Hermannstadts Bürgermeisterin Astrid Fodor zu sehen, außen rechts der DFDR-Abgeordnete Ovidiu Gant. Foto: Laura Micu (ADZ)

Tschechien

„Straße der Verständigung“ bei Bautsch - Altvater

1998 nahm eine ungewöhnliche, spontan aufgetauchte Idee konkrete Form an: Bei Bautsch sollte eine „Straße der Verständigung“ gebaut werden.

Die Initiative dazu ging von tschechischer Seite aus.

Der Bürgerverein „Patriotische Pilger / Heimatwanderer“ unter Petr Anderle wollte sich uneigennützig und ganz allgemein um den Erhalt der Kultur in der Heimat einsetzen. Gleichzeitig sollte damit ein sichtbares und grenzüberschreitendes Zeichen zur Ächtung jeglicher Art von Krieg, Gewalt und Vertreibung gesetzt werden. Auch der Wille zur gutnachbarschaftlichen Verständigung, insbesondere zu Deutschland und den Vertriebenen, sollte damit ausgedrückt werden.

Den Ausgangspunkt dieses Weges

bildet ein Gedenkkreuz, das an die Schlacht von 1758 erinnert. Im Vorfeld dieses Projekts kümmerten sich die tschechischen Initiatoren zusammen mit der Gemeindeverwaltung Bautsch um die Abwicklung aller dafür notwendigen Formalitäten.

Das zur Anlage der Straße vorgesehene Areal wurde erworben und für die neue Nutzung präpariert. Das bereits errichtete Gedenkkreuz wurde gründlich saniert. Neu aufgestellt haben die Initiatoren eine mehrsprachige Tafel mit Informationen zu den historischen Ereignissen und den aktuellen Hintergründen. Sie starteten dazu auch eine professionelle Kampagne mit Öffentlichkeitsarbeit: Flyer, Rundfunkmeldungen und ein Internetauftritt bewerben das Projekt mittlerweile. Viele Privatpersonen, aber auch In-

stitutionen aus Deutschland, Tschechien, Österreich, sogar aus den USA und mehreren anderen Nationen stifteten seitdem Platten. Versehen mit dem jeweiligen Spendernamen pflastern sie nun den Weg und sorgen so für eine Verlängerung dieser „Straße der Verständigung“. Derzeit sind mehr als 100 Platten verlegt.

Zur feierlichen Eröffnung des neuen Flurdenkmals im August 1999 kamen Abordnungen unterschiedlichster Art. Nicht nur aus dem Kreis der tschechischen Initiatoren. Auch aus Politik, Kirche, den Reihen der Heimatvertriebenen und der heutigen Bevölkerung der Region stammten die Gäste. Sogar das tschechische Militär ordnete zur Feier Personal ab.

Seitdem wird mindestens einmal pro Jahr mit einer publikumswirksamen, feierlich gestalteten Feldmesse aktiv am „Weiterbau“ dieser besonderen Straße gearbeitet. Nach wie vor sind Stifter und Wegebauer gern gesehen – jeder kann sich aktiv und passiv daran beteiligen.



Warum nicht Christliches Abendland?

Ein Plädoyer für Europa und die Slawenapostel

Der Regensburger Bischof Voderholzer hatte in einem Vortrag dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, deutlich widersprochen, der den Begriff „christliches Abendland“ kritisiert hatte: „Davon halte ich nicht viel, weil der Begriff vor allem ausgrenzend ist.“ Für Bischof Voderholzer hingegen ist aber gerade das Christentum die Seele Europas und deshalb sei es auch historisch exakt und verantwortbar, vom „christlichen Abendland“ zu sprechen.

Das Fest der Europapatrone Cyrill und Method, das am 14. Februar gefeiert wird, bietet Anlass zu fragen, ob der Münchner Kardinal oder der Regensburger Bischof die stichhaltigeren Argumente auf seiner Seite hat. Für viele deutsche Katholiken sind Cyrill und Method unbekannte Heilige und als Europapatrone „böhmische Dörfer“ geblieben.

Im Jahre 1980 erklärte der polnische inzwischen heiliggesprochene Papst Johannes Paul II. die beiden Slawenapostel Cyrill und Method zu Konpatronen Europas. Damals hatte er bereits die Einheit Europas im Blickfeld und erhoffte die Überwindung der politischen Spaltung unseres Kontinentes.

Cyrrill und Method waren für den polnischen Papst zwei Verbindungsringe, eine geistige Brücke zwischen Ost und West, die einen entscheidenden Beitrag zur Bildung Europas leisteten, „und zwar nicht nur in der religiösen, christlichen Gemeinschaft, sondern auch für seine gesellschaftliche und kulturelle Einheit“. An anderer Stelle sprach Johannes Paul II. von den beiden christlichen Grundhaltungen in Ost und West als von den zwei Flügeln einer Lunge, durch die Europa atmet.

Wer sind diese Heiligen?

Cyrrill, genannt der Philosoph, hieß ursprünglich Konstantin. Er ist um das Jahr 826 geboren. Sein zehn Jahre älterer Bruder Method war zunächst kaiserlicher Beamter und wurde dann Mönch. Nachdem sie bereits im Auftrag des Kaisers bei den Chazaren wirkten, entsandte sie Kaiser Michael im Jahre 863 auf Bitten des mährischen Fürsten ins Großmährische Reich, wo sie ein slawisches Alphabet schufen und erfolgreich missionier-

ten. Da es wegen der slawischen Sprache im Gottesdienst zu Konflikten mit fränkischen und bairischen Bischöfen und Priestern kam, begaben sich die beiden nach Rom, um sich ihre Missionsmethode in der Volkssprache vom Papst bestätigen zu lassen. In Rom wurde Konstantin Mönch und erhielt den Namen Cyrrill. Hier starb er im Jahre 869. Method wurde zum Bischof geweiht und kehrte nach Mähren zurück. Er wurde von den bairischen Bischöfen verfolgt und sogar eingekerkert. Durch Intervention des Papstes befreit, wirkte er bis zu seinem Tode 885 in Mähren.

Also hochgeehrt und unvergessen im Osten, aber fast vierzig Jahre nach ihrer



Proklamierung zu Konpatronen Europas im Westen unbekannt. Ein Grund dafür ist, daß wir uns im Rahmen der europäischen Einigung zu wenig Gedanken über die wahren geistigen Grundlagen Europas machen. Viele unserer Politiker sehen nur den Euro, die einheitliche Euro-Flasche, die europäischen Milchquoten, aber nicht das, was Europa wirklich zu Europa machte.

Auch für die Vorgänger des polnischen Papstes war das Christentum die wesentlichste Kraft, die Europa und seine Kultur entscheidend mitgestaltet, ja nach einem Wort von Papst Pius XII. „die Seele seiner Völker am tiefsten geformt“ hat. Zur Geschichte dieses Kontinents und seiner Entfaltung gehört das missionarische Wirken großer Heiliger wie Benedikt, Kolumban, Bonifatius, der Regensburg zum Bischofssitz machte, Ansgar, Adalbert und Gunther. Diese Missionare haben auf Dauer das Antlitz Europas entscheidend geprägt als dies große Herrscher, Eroberer oder Heerführer taten.

Meist werden dabei Cyrrill und Method vergessen.

Der erste Bundespräsident des jungen Nachkriegsdeutschlands, Theodor Heuss, sagte über Europa, es stehe gleich Säulen auf drei

Hügeln: auf Golgotha, dem Areopag und dem Kapitol.

Es habe also eine hellenistische, eine römische und eine auf Jesus Christus zurückzuführende christlich-jüdische Grundlage, wobei letztere die beiden anderen integriere.

Der Dichter Novalis, der eigentlich Friedrich Karl von Hardenberg hieß und als Leiter der Bergwerke in Sachsen von Haus aus ein Naturwissenschaftler

war, verfasste damals eine Schrift mit dem sprechenden Titel Die Christenheit oder Europa. Er meinte damit keinen Gegensatz, sondern Identität. Für Novalis ist Europa nach seiner Herkunft christlich; es wird christlich sein oder gar nicht mehr existieren. Das Christentum hat jenen gewaltigen Integrationsprozess vollbracht, der Europa seine christlich-humanistische Prägung gab. Dieser Integrationsprozess zeigt sich in Begriffen wie Menschenwürde, Unantastbarkeit der Person, Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Gemeinschaft und personelle Verant-

wortung. Diese Werte haben Cyrrill und Method von Byzanz aus den Slawen vermittelt.

Es sind dies Grundlagen, die Jahrzehnte hindurch durch die bolschewistische Herrschaft im Osten verschüttet waren und die es neu zu beleben gilt. Es war in unserer Zeit ein slawischer Papst, der dieses neue Europa als Vision hatte. Spät, aber nicht zu spät, würdigten dies auch westliche Politiker durch die Verleihung des Aachener Karlspreises an den verstorbenen Papst.

Rudolf Grulich

Quelle: Mitteilungen Haus Königstein Heft 1-2019

Am 16. April 2019 konnte **Rudolf Grulich seinen 75. Geburtstag feiern**. Bernd Posselt dankte dem in der mährischen Heimat verwurzelten und weltweit vernetzten Landsmann („ein schöpferisches Multitalent“) für seine Leistungen im Dienste der Volksgruppe, der deutsch-tschechischen Verständigung und der /europäischen Idee.

Zu Gedenktag Deutsche Einheit: Vergessene Einheit

Seehofer hat als verantwortlicher Organisator versagt. Ihm die „vergessene Einheit“ allein anzulasten, scheint angesichts des symbolträchtigen Termins allerdings vermessen. Da macht das Regierungslager insgesamt einen eher abwesenden Eindruck. Es schleicht sich gar der Verdacht ein, dass die politische Aufmerksamkeit mehr dem Lieblingsprojekt „vereintes Europa“ gilt als der deutschen Einheit und seinen Bürgern, die in Wahlprogrammen bereits kaum mehr als Deutsche bezeichnet werden. Der Vorschlag des Redakteurs, künftig keine pompösen Einheitsfeiern auszurichten und mit dem Geld besser Einheitsprojekte zwischen Ost und West zu finanzieren, bringt uns auch nicht weiter, zumal wir mit dem Soli doch noch teuer fördern.

Gerd Dammer, Wiesloch
Leserbrief aus der RNZ 4./5.5.2019

Klausurtagung des BdV: Gauck erhält Ehrenplakette

Erneut hatte der Bund der Vertriebenen im Umfeld des Jahresempfanges zu einer Klausurtagung des Bundesausschusses eingeladen. Auf dieser wurde intensiv über aktuelle Themen und Arbeitsfelder des Verbandes und seiner Mitglieder gesprochen und die im vorangegangenen Jahr angestoßene Strukturdebatte fortgesetzt. Die anwesenden Vorsitzenden der Landsmannschaften und Landesverbände freuten sich, als neues Mitglied in ihrer Mitte die deutschen Vertriebenen begrüßen zu dürfen.

Abschließend wurde auf wichtige Termine des Verbandes in diesem Jahr hingewiesen: So werde am 31. August der diesjährige zentrale Auftakt zum Tag der Heimat in der Berliner Urania stattfinden. Am 29. November wiederum werde die Bundesversammlung ebenfalls in Berlin, in der Landesvertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund, durchgeführt. In deren Zusammenhang werde der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck auf einstimmigen Beschluss des Präsidiums mit der Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen ausgezeichnet.

Marc-P. Halatsch

Landesbeauftragte beim Bundesbeauftragten in Berlin Härten mildern

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Professor Bernd Fabritius, hatte die Aussiedlerbeauftragten der Bundesländer zur Zweiten Sitzung der im letzten Jahr konstituierten Aussiedlerbeauftragtenkonferenz in das Bundesministerium des Innern für Bau und Heimat eingeladen. Jene Bundesländer, die noch keinen Beauftragten ernannt hatten, schickten Entsandte aus den Landesverwaltungen.

Schwerpunkt der Beratungen waren erneut die weiter andauernden personenkreispezifischen Benachteiligungen von Spätaussiedlern im Rentenrecht, die Kulturförderung gemäß § 96 BFGV in Bund und Land, die konkrete Praxis der Wiedereingliederung von

Spätaussiedlern in den Bundesländern sowie die Problematik der Nachweisführung für standesamtliche Beurkundungen von Sachverhalten in den Herkunftsgebieten.

Die Aussiedlerbeauftragtenkonferenz begrüßte die Zustimmung des Bundesrates zum Antrag des Freistaates Bayern auf Überprüfung der Spätaussiedlerbenachteiligungen im Rentenrecht und empfahl eine Informationskampagne zu Grundlagen und Herausforderungen der rentenrechtlichen Eingliederung von Spätaussiedlern. Gleichzeitig wurde eine ermessens- und beurteilungsleitende Empfehlung für Standesämter beschlossen, die über Besonderheiten der standesamtlichen Nachweissituation bei Spätaussiedlern informiert.

Damit soll ein Beitrag zur Beseitigung besonderer Härten im Personenstandsrecht geleistet werden, die entstehen, wenn Spätaussiedler Jahrzehnte nach ihrer Aussiedlung erneut neue Urkunden aus ihrem Herkunftsstaat beibringen sollen. Es wurde vereinbart, die dritte Tagung der Konferenz im Herbst dieses Jahres in Hannover durchzuführen.



Die Beauftragten des Bundes und der Länder (v. lks.): Heiko Hendriks (NRW), Dr. Jens Baumann (Sachsen), Editha Westmann (Niedersachsen), Bundesaussiedlerbeauftragter Prof. Dr. Bernd Fabritius, Margarete Ziegler-Raschdorf (Hessen), Herr Hellstern (Büro LBHS Thomas Strobl, Baden-Württemberg), Dr. Lill (Büro LBHS Sylvia Stiersdorfer, Bayern).

Beauftragter Dr. Bernd Fabritius fordert mehr Einsatz der Kirchen für Spätaussiedler

Der Aussiedler-Beauftragte der Bundesregierung, Dr. Bernd Fabritius, verlangt mehr Engagement der Kirchen für Spätaussiedler. «Es wird in Kreisen der Vertriebenen und Spätaussiedler jeder Schritt bedauert, den man als Rückzug der beiden großen Kirchen aus der Spätaussiedlerseelsorge wahrnimmt», sagte Fabritius im Interview der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).

Wenn die Kirchen einwendeten, dass die Eingliederung in Deutschland viele Jahrzehnte nach Kriegsende abgeschlossen sein müsse, sei das aus seiner Sicht keine überzeugende Position, meinte der Beauftragte. Er würde es fast als «Ausrede» bezeichnen,

weil die Menschen diese spezifische Betreuung brauchten und als wohltuend empfänden. «Ich denke, es wäre auch eine Chance für die Kirchen, dieses Bedürfnis zu befriedigen.»

Fabritius sagte weiter, er sei den Kirchen sehr dankbar, dass sie in der Vergangenheit «ihre Rolle bei der Wiederbeheimatung der Spätaussiedler sehr ernst genommen haben». Er hoffe aber, dass sie dies auch in Zukunft täten. Kirche sei in den Herkunftsgebieten oft der letzte Zufluchtsort gewesen, ein Ort der Heimat. «Dieses Gefühl hat man mitgenommen und man erwartet, dass die Kirchen auch in Deutschland diese geistliche Heimat bieten.»

Uta Lüttich mit Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet

Anlässlich eines Festaktes im Mannheimer Schloss am 18.05. d.J. wurde Uta Lüttich mit weiteren 17 Persönlichkeiten von Ministerpräsident Wilfried Kretschmann mit dem Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg ausgezeichnet.

Die von der Pressestelle des Ministeriums veröffentlichte Kurzvita unserer Stellvertretenden BdV-Landesvorsitzenden hat folgenden Wortlaut:

Uta Lüttich flüchtete 1944/45 mit ihrer Familie über Ostpreußen nach Berlin, Pommern und Itzehoe und kam 1950 schließlich in Stuttgart an. Diese Kindheitserfahrungen prägten ihr Leben und die Pflege ihrer Heimatkultur spielt eine große Rolle in ihrem Leben. Dafür setzt sie sich mit all ihrer Kraft

ehrenamtlich in zahlreichen Organisationen und Einrichtungen ein. So ist sie unter anderem Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft der Heimatvertriebenen Frauen im Landesverband des Bundes der Vertriebenen und zugleich Vorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen in Baden-Württemberg. Mit der Vermittlung von traditionellen Handarbeitstechniken und ihre Teilnahme am jährlichen Ostermarkt im Haus der Heimat belebt sie die ostpreußische Kultur. Durch die Vermittlung ostpreußischer Kultur und Geschichte, für die sich Uta Lüttich unermüdlich einsetzt, schlägt sie eine wichtige Brücke zur jüngeren Generation und unterstützt die deutsche Minderheit in Ostpreußen.

Wir freuen uns mit Uta Lüttich über diese außerordentliche Auszeichnung und gratulieren ihr auch an dieser Stelle sehr herzlich.



Ministerpräsident Kretschmann mit Uta Lüttich
Foto: Diana Rasch

Auftaktveranstaltung der Kulturstiftung der Vertriebenen Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit im Sinne des Kulturparagraphen 96 gefordert

In ihrem Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung dazu, die im Sinne des Kulturparagraphen 96 des Bundesvertriebengesetzes tätigen Einrichtungen der Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten als Träger des deutschen Kulturerbes des Ostens sowie im Geiste der europäischen Verständigung für die Zukunft zu ertüchtigen und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen zu stärken. Zur Umsetzung dieser Vereinbarung erarbeitet die Kulturstiftung derzeit, gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, ein Konzept zur Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit, die bereits seit Jahren von den Vertriebenenorganisationen gefordert wird.

Bei der Auftaktveranstaltung am 18./19. Februar 2018 in HAUS SCHLESSEN, an der über 50 Vertreter von Kulturinstitutionen der Vertriebenen, sowie der Museen, Institutionen der Wissenschaft und der kulturellen Breitenarbeit, ebenso Vertreter des BdV und der Landsmannschaften teilnahmen, wurde eine Bilanz der Kulturarbeit gezogen. Moderiert von dem Leiter des Projekts der Kulturstiftung, Thomas Konhäuser, wurden dabei alle relevanten Problemfelder lebendig und konstruktiv diskutiert und Impulse für die Erarbeitung eines Förderkonzepts für die eigenständige Kulturarbeit gesetzt.

So bestand Einigkeit darüber, dass im Bund und in den Ländern der partizipa-

tive Ansatz nachhaltig gestärkt werden muss. Gewachsene Strukturen gehören auf den Prüfstand! Zur Erzielung von Synergieeffekten gilt es, Möglichkeiten einer verstärkten Kooperation zwischen den Kulturträgern der Heimatvertriebenen untereinander und mit anderen Kultureinrichtungen zu finden. Nachwuchsgewinnung, Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit, die Rolle der Digitalisierung und eine engere Zusammenarbeit mit den deutschen Minderheiten im östlichen Europa wurden mit einem Blick in die Zukunft erörtert. Die Anwesenden stimmten dem Vorsitzenden der Kulturstiftung, Reinfried Vogler, zu, dass der Abbau von staatlicher Bürokratie bei Förderanträgen und die Schaffung einer nachhaltigen finanziellen Basis für die Kulturträger und deren Organisationen zwingend erforderlich sei. Im Hinblick auf die Erstellung von Förderanträgen könne eine von den Heimatvertriebenen getragene und staatlich geförderte zentrale Stelle wertvolle Unterstützungsarbeit leisten. Für den Erhalt der insgesamt gefährdeten Heimatsammlungen sei gleichfalls eine zentrale Beratungsstelle notwendig. Der anwesende ehemalige Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Hartmut Koschyk, forderte zur Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit u.a. eine Rückkehr zur direkten Zuordnung der regional zuständigen Kulturreferenten

an die Landsmannschaften, wie dies bis zum Jahr 2000 der Fall war.

Weitere Workshops, die in den kommenden Monaten im Rahmen des Projekts der Kulturstiftung stattfinden, werden sich speziellen Themen/ Problemfeldern widmen. Parallel zu den Workshops wird eine Online-Umfrage bei den Organisationen und Institutionen der deutschen Heimatvertriebenen, die nicht an den Workshops teilnehmen können, durchgeführt werden. In einer „Zukunftswerkstatt“ werden konkrete Vorstellungen der Heimatvertriebenen über eine künftige Struktur und Förderung ihrer Kulturarbeit benannt werden. Eine abschließende Studie wird die wesentlichen Vorschläge zur Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit der deutschen Heimatvertriebenen zusammenfassen. In diesem Zusammenhang werden auch künftige Handlungsfelder der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen sowie gewünschte Dienstleistungen der Kulturstiftung für die Organisationen der Heimatvertriebenen näher bestimmt und hierfür erforderliche strukturelle Voraussetzungen aufgezeigt werden. Die Ergebnisse werden der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie den Verbänden, Organisationen und Medien der Heimatvertriebenen/Aussiedler als auch weiteren Kultureinrichtungen zugeleitet werden.

Thomas Konhäuser

Veranstaltungen des Hauses der Heimat des Landes Baden-Württemberg, Stuttgart Termine Juni – Juli 2019

„Die Welt muss anders werden, russischer...“

Alexander Schmorell, die Weiße Rose und der Widerstand

Vortrag von Christiane Moll, München

Eine Veranstaltung im Rahmen der Reihe Widerstand gegen den Nationalsozialismus

05. Juni 2019, 18 Uhr

Ort: Haus der Heimat, EG Großer Saal

Der Eintritt ist frei.

Archäologie untergegangener Welten & Empfindsamkeiten

Innerhalb der Veranstaltungsreihe „Ukraine & Russland. Literaturen, Politiken und Perspektiven“ laden das Haus der Heimat Baden-Württemberg und das Literaturhaus Stuttgart gemeinsam zu einem Abend mit zwei Gesprächsrunden ein, die nach kurzer Pause aufeinander folgen. Sie finden im Literaturhaus statt, Eintrittskarten sind erforderlich:

Donnerstag, 06. Juni 2019, 19 Uhr

Ort: Literaturhaus Stuttgart, Breitscheidstraße 4, 70174 Stuttgart

Karten: Eintrittspreise und Ticketverkauf siehe Homepage des Literaturhauses

www.literaturhaus-stuttgart.de

Blickwechsel – Osteuropa. Lese- und Gesprächsreihe Radek Knapp im Gespräch mit Irene Ferchl

Man könne in sich selbst beheimatet sein und einen lieben Mitmenschen als Pendant zu Häusern, Seen und Wäldern der alten Heimat betrachten, meinte Radek Knapp in einem Interview. Aus eigener Erfahrung kennt er den Verlust der Heimat, das Ankommen in einem fremden Land, und davon erzählt er immer wieder: zuerst in seinem Roman Herrn Kukas Empfehlungen, für den Knapp 2001 mit dem Adelbert-von-Chamisso-Förderpreis ausgezeichnet wurde, und zuletzt in der Novelle Der Mann, der Luft zum Frühstück aß (2017). Darin geht es um die unfreiwillige Emigration eines zwölfjährigen Jungen, wie der Autor selbst sie ähnlich erlebt hat. 1964 in Warschau geboren, kam Radek Knapp 1976 zu seiner Mutter nach Wien. Dort besuchte er die Schule, studierte Philosophie und bekam den Aspekte-Preis für sein Debüt Franio, das be-

reits diesen unverwechselbar leichtfüßigen, schelmischen, selbstironischen Ton besitzt. Kenntnisreich und humorvoll ist auch die Gebrauchsanweisung für Polen, die Radek Knapp neben seiner neuesten Erzählung vorstellen wird.

Irene Ferchl hat Germanistik, Geschichte und Kommunikationswissenschaft studiert. Seit 1993 leitet sie als Herausgeberin und Chefredakteurin das von ihr gegründete Literaturblatt für Baden-Württemberg. Ihr Tätigkeitsfeld ist die Vermittlung von Literatur, sie arbeitet als Autorin, Moderatorin, Redakteurin und Projektleiterin.

Mittwoch, 26. Juni 2019, 18 Uhr

Ort: Haus der Heimat, EG Großer Saal

Gedenkfeier der Sudetendeutschen LM KG Heilbronn zum 4. März 1919

Kreisobfrau Ilse von Freyburg hatte Innenminister Thomas Strobl, der seit dieser Legislaturperiode auch wieder das Amt des Landesbeauftragten für Heimatvertriebenen und Spätaussiedler inne hat, nach Heilbronn eingeladen, der dieser Einladung gerne gefolgt war. Ilse von Freyburg (im Bild unten rechts) wies in ihren Worten auf das verweigte Selbstbestimmungsrecht hin. Der Innenminister ging auf die historischen Zusammenhänge ein, verwies aber darauf, dass die Verweigerung des Selbstbestimmungsrechts auch heute noch passiere und erwähnte dabei Tibeter und Uiguren.

Eine Absage erteilte er dem „nationalistischen Pathos“ und die Abwertung der jeweils anderen Gruppe. Geschichte dürfe weder instrumentalisiert noch ideologisiert werden. Er lobte besonders das vielfache Engage-

Marica Bodro im Gespräch mit Lerke von Saalfeld

Lerke von Saalfeld ist promovierte Literaturwissenschaftlerin, sie lebt und arbeitet als Kulturjournalistin und Literaturkritikerin in Stuttgart und Berlin. Seit mehr als zwanzig Jahren liegt ein Schwerpunkt ihrer Arbeit in der Auseinandersetzung mit Schriftstellern, die Deutsch als ihre Literatursprache gewählt haben.

Donnerstag, 4. Juli 2019, 18 Uhr

Ort: Haus der Heimat, EG Gr. Saal

Während der Sommerpause im August finden keine Veranstaltungen statt. Wie auch die Bibliothek geschlossen bleibt.



Festredner: Innenminister Thomas Strobl

ment zur Verbesserung des deutsch-tschechischen Verhältnisses, das von Sudetendeutscher und Tschechen in den vergangenen Jahren gezeigt wurde.



Fagott Spielerinnen umrahmten das Programm der Veranstaltung musikalisch

Verein Haus der Donauschwaben

Raimund Haser MdL zum neuen Vorsitzenden gewählt

Dank an scheidenden Vorsitzenden Innenminister a.D. Heribert Rech

Der bisherige Vorstand, der laut Satzung aus drei Personen besteht, war der Vorsitzende Heribert Rech, Innenminister a.D. und die beiden Stellvertreter der OB Sindelfingens Dr. Bernd Vöhringer und aus dem Bereich der Landsmannschaften Ernst Jäger. Heribert Rech ist aus gesundheitlichen Gründen zurückgetreten und Ernst Jäger wollte sein Amt in jüngere Hände legen. Die Leitung der Versammlung lag in den Händen des OB's, der die Tagesordnungspunkte bis zur Wahl des neuen Vorstandes zügig abarbeitete. Dem Verein Haus der Donauschwaben gehören zehn Mitglieder an: das Land Baden-Württemberg, das seit 1954 die Patenschaft über die Volksgruppe der Donauschwaben innehat, die Stadt Sindelfingen als Patenstadt der Donauschwaben aus dem ehemaligen Jugoslawien, sowie die Bundesverbände und die Landesverbände in Baden-Württemberg der Landsmannschaften der Banater Schwaben, der Donauschwaben, der Deutschen aus Ungarn und der Sathmarer Schwaben.

Zur Neuwahl standen zur Verfügung: für den Vorsitzenden Herr Raimund Haser MdL und als Stellvertreterin Frau Dr. Hertha Schwarz, die auch Mitglied im Vorstand des Arbeitskreises donauschwäbischer Familienforscher (Akdf) ist. OB Dr. Bernd Vöhringer hielt sein bisheriges Amt des Stellvertreters aufrecht. Alle drei wurden nach der Vorlesung der Kassenberichte und Entlastung des bisherigen Vorstandes en Block per Akklamation gewählt.

Der 43-jährige CDU-Politiker Raimund



v.l. Frau Dr. Christiane Meis, Innenministerium BW und Raimund Haser MdL BW

Haser, dessen Vater Donauschwabe aus dem heutigen Serbien ist, gehört seit 2016 als direkt gewählter Abgeordneter dem Landtag von Baden-Württemberg an.

Er ist unter anderem Sprecher seiner Fraktion für die Angelegenheiten der Vertriebenen sowie der Deutschen aus Russland und wurde kürzlich als Beisitzer in den Vorstand der CDU-Landtagsfraktion gewählt. Darüber hinaus ist Haser Präsidiumsmitglied des Bundes der Vertriebenen.

Danach wurden Heribert Rech und Ernst Jäger mit Dankesworten des OB's und einem Geschenk verabschiedet. Zu den Wahlberechtigten zählten die Vertretung des Landes Baden-Württemberg, die Bundes- und Landes-Landsmannschaften, die Stadt Sindelfingen und der Stifterbeirat.

Zum Schluss richteten die Mitglieder Genesungswünsche an die Geschäftsführerin des Vereins, Frau Henriette Mojem, die aus gesundheitlichen Gründen leider nicht dabei sein konnte.

70 Jahre Landsmannschaft Weichsel-Warthe

Vor 70 Jahren, im Mai 1949, wurden entscheidende Weichen für die Zukunft gestellt. Nur vier Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und der totalen Kapitulation des III. Reichs erlangten die drei West-Besatzungszonen ihre eingeschränkte Souveränität und Staatlichkeit zurück. Seit 1945 war das ehemalige Deutsche Reich in vier verschiedene Besatzungszonen geteilt, die der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs. Schon kurz nach Kriegsende kam es zu Spannungen zwischen den Siegermächten und zur Teilung in einen westlichen und den sog. Ostblock. Zur Sowjetischen Besatzungszone (SBZ), umgangssprachlich auch Ostzone, gehörten die mitteleuropäischen Länder Sachsen und Thüringen, die ehemalige preußische Provinz Sachsen-Anhalt, ein großer Teil der Provinz Brandenburg sowie Mecklenburg und (Vor-)Pommern. Hierzu gehörte seit 1945 bis in die 50er Jahre auch die noch von der Roten Armee besetzte Odermündung mit den Städten Stettin und Swinemünde. Nicht zur SBZ gehörten die deutschen (preußischen) Ostgebiete, die von Po-

len und der Sowjetunion bis zu einer friedensvertraglichen Regelung verwaltet werden sollten.

Den deutschen Heimatvertriebenen wurde es bereits 1945 verboten, sich politisch zu organisieren. Das Koalitionsverbot für Vertriebenenvereinigungen bezog sich aber nicht auf humanitäre Hilfen, so entstanden aus dem späteren LWW-Gebiet drei kirchliche Hilfskomitees: Hilfskomitee der evangelisch-lutherischen Deutschen aus Polen (7./8.7.1946, Treysa in Hessen), Hilfskomitee der evangelischen Kirche aus Posen (29./30.7.1946 in Frankfurt/M.) und Hilfskomitee der Galiziendeutschen (12.9.1946 in Bad Cannstatt und Stuttgart) Nun, da die Gründung der Bundesrepublik anstand, wurde das Koalitionsverbot aufgehoben und das Posener Hilfskomitee schlug auf seiner Vorstandssitzung am 6.5.1949 die Gründung einer eigenen politischen Vertretung vor. Da man den Namen Polen nicht im Titel haben wollte, es aber keine historische Bezeichnung für dieses Gebiet gab, wurde als Name „Landsmannschaft der Deutschen aus dem Weichsel- und Wartheland“ gewählt, später

verkürzt zu „Landsmannschaft Weichsel-Warthe“ (LWW). Die Landsmannschaft sollte sich aus folgenden Siedlungsgebieten zusammensetzen: Posener Land, Mittelpolen (mit Lodzer Industriegebiet, Lubliner Land, Narzew-Deutsche, Cholmer Land usw.), den Umsiedlergruppen aus Galizien und Wolhynien (heute Ukraine), und damals auch noch die Teschener und Bielitzer Deutschen aus Oberschlesien. Der Versuch, auch die Deutschbalten, Bukowina-Deutschen, Bessarabiendeutschen und Westpreußen, mit für dieses Projekt zu gewinnen, scheiterte. In den folgenden Monaten und Jahren wurden zu den vielerorts schon bestehenden Kreisgruppen weitere gegründet, es entstanden Landesverbände, aber auch eine Vielzahl anderer Gruppierungen wie Heimatkreise, Schulgemeinschaften oder bestimmte Interessengruppen. Die LWW organisierte Heimattreffen, Heimatkirchentage, Bundes- und Landestreffen, gab eine eigene Zeitschrift heraus und wurde nach und nach zu dem, was sie heute kennen.

Dr. Martin Sprungala

Brüssel beeindruckt und zeigt sich der BdV-Gruppe von seiner bedeutenden politischen und kulturellen Seite

Vom 16. bis zum 19. März besuchte die BdV-Reisegruppe aus Baden-Württemberg die Hauptstadt Europas

Der BdV-Landesverband BW bietet immer wieder gemeinsame und thematische Fahrten in die Heimatgebiete, zum Tag der Heimat oder, wie dieses Mal, eine politische Bildungsreise. Die ausgeschriebene Reise stieß auf ein großes Interesse und so hat sich am frühen Samstagmorgen, dem 16. März, eine Reisegruppe von 37 Personen auf den Weg nach Brüssel gemacht. Die Landsmannschaft der Banater Schwaben, der Bessarabiendeutsche Verein, der Deutsch-Baltische Freundeskreis, die Landsmannschaft der Donauschwaben, die Siebenbürger Sachsen, die Sudetendeutsche Landsmannschaft, die Lands-



Mit großem Geschick leitete Laura Putane die Reisegruppe Fotos: Christel Kilian

mannschaft Westpreußen sowie der Verband DJO- Deutsche Jugend in Europa und die Geschäftsstelle des BdV-Landesverbandes BW waren bei dieser Reise vertreten. Die Reiseleitung übernahmen Waltraud Illner (SL) und Laura Putane (BdV Geschäftsstelle).

Auf dem Weg von Stuttgart nach Brüssel gab es nach einigen Stunden Fahrt den ersten bedeutenden Anhaltspunkt zur europäischen Geschichte: Schengen. Die Gemeinde Schengen liegt im Südosten von Luxemburg, unmittelbar an dem Dreiländereck. Mit einer Friedenssäule, einem Segment der Berliner Mauer, dem Europadenkmal und dem Europäischen Dokumentationszentrum wird ein Zeichen für Europa gesetzt und das Geschehen vom 14. Juni 1985, das uns unter dem Namen „Schengener Abkommen“ bekannt ist, dargestellt. Ein toller Programmpunkt

zum Einstieg dieser Bildungsreise und um sich kurz die Beine zu vertreten. Am ersten Abend in Brüssel, nachdem die Gruppe sich in das Ibis Hotel einquartiert hatte, war jedem frei überlassen, sich auszurufen oder die nahliegende Altstadt zu erkunden.

Am Sonntag begann das Tagesprogramm vor der Tür des Hotels. In der Begleitung zweier erfahrener und kompetenter Stadtführer hat die Gruppe die Altstadt zu Fuß und die anderen Sehenswürdigkeiten mit dem Bus erkundet. Die Tour endete dann am Atomium, das als nächstes auf dem Programm stand. Die Aussicht von der höchsten Kugel des Atomiums war beeindruckend. Die Zeit reichte auch noch für die Besichtigung weiterer Kugeln, die über gut einhundert Treppenstufen zu erreichen waren, was aber keine Hürde für unsere entdeckungsfreudigen Reisenden darstellte.

Auch wenn man die Müdigkeit von dem langen Tag schon spürte, hat sich die Gruppe durch den Leopold Park auf den Weg zum Haus der Europäischen Geschichte gemacht. Das Haus der Europäischen Geschichte ist eine Initiative des Europäischen Parlaments und wurde im Jahr 2017 eröffnet. Die Dauerausstellung, die besucht wurde, beschäftigt sich mit den Fragen: Was ist Europa? Wo fängt Europa an, und wo hört es auf? Was hält den Kontinent zusammen und was kann als europäisches Erbe angesehen werden? Die Ausstellung führt den Besucher durch die unterschiedlichsten Bereiche, die Europa und dessen Entwicklung betreffen - politische Veränderungen, Märkte, Wissenschaft,



Baden-Württembergische Landesvertretung. Waltraud Illner Kreisvorsitzende der Sudetendeutschen LM überreicht Bodo Lehmann, Leiter der Landesvertretung BW ein kleines Präsent

Technologie, durch die Kriegszeiten bis zum Wiederaufbau Europas und gemeinsamen Werten und Meilensteinen. Eine unglaubliche Informationsbasis und ein Reichtum mit den ausgestellten Exponaten bietet das Museum.

Der Montag und die neue Woche begann mit dem Besuch bei der Landesvertretung Baden-Württemberg. Empfangen wurde die BdV-Gruppe von Gert Jauernig, der zum Einstieg eine Übersicht über die Zusammensetzung, Ziele, Arbeit und Aufgaben der Landesvertretung gegeben hat und auf die Fragen zur Landesvertretung, zum Europäischen Parlament oder auch zu aktuellen Themen wie Brexit eingegangen ist. Zusammenfassend in einem Satz - ist die Hauptaufgabe der Landesvertretung, die Landesregierung bei der Gestaltung baden-württembergischer Europapolitik in Brüssel zu unterstützen, beratend zur Seite zu stehen und auf beiden Seiten die Rolle des Vermittlers einzunehmen.



Nach einem gelungenen Nachmittag bei der ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Nordatlantikvertrags-Organisation NATO

Foto: Volker Herzog, Referat für Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Die BdV-Gruppe wurde vom Leiter der Landesvertretung, Herrn Bodo Lehmann begrüßt und zur Stärkung für den Tag auf Kaffee mit Brezeln eingeladen. Selbstverständlich fand auch eine Führung durchs Haus statt, die in der Schwarzwaldstube endete.

Nach der Landesvertretung ging es gleich zur Ständigen Vertretung bei der Nordatlantikvertrags-Organisation NATO. Sobald jeder einzelne durch die Sicherheitskontrolle gekommen war und der Reisebus noch vom Sicherheitsteam und einem Spürhund unter die Lupe genommen wurde, war die Zeit für ein Mittagessen in der Kantine des NATO-Hauptquartiers gekommen. Die BdV-Gruppe wurde von Volker Herzog aus dem Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der NATO in Empfang genommen. Nach einer kurzen Einführung über die Arbeit, Aufgaben und Zusammenstellung der NATO, gab es die Möglichkeit bei einem Gespräch Fragen rund um die NATO zu stellen.

Der letzte Abend stand jedem zur freien Verfügung, um Souvenirs einzukaufen, das Flair der Stadt zu genießen oder nach dem langen Tag die Füße hochzulegen.

Am Dienstag, dem 19. März, begann der Tag sehr früh. Nach dem reichhaltigen Frühstück und auschecken ist die Gruppe zuerst zur Landesvertretung gefahren, bei der sie von Rainer Münz, dem Berater des Kommissionspräsidenten zu Fragen der Migration und Demographie sowie zur Zukunft der EU gleich in Empfang genommen wurde. Von Herrn Münz haben die Besucher einen Einblick bekommen, wie die Zukunft Europas aussieht. Es wurden fünf



*Gruppenbild im Europaparlament mit dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Rainer Wieland MdEP
Foto: Herr Lang*

künftige Szenarios dargestellt, jedes mit eigenen Stärken und Schwächen. Was uns die Zukunft bringt, das hängt natürlich auch von der bevorstehenden Europawahl am 26. Mai ab, also – wählen gehen! Und in Belgien wird es so gehandhabt: wer sich schon einmal für eine Wahl registriert hat, muss wählen gehen, sonst droht eine Geldstrafe!

Von einem Gespräch zum anderen! So führte der gar nicht so lange Fußweg die Besucher zum Europäischen Parlament. Nach der Besichtigung des Herzstücks der europäischen Demokratie – des Plenarsaals, wurde die BdV-Gruppe von Herrn Wieland MdEP, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, zu einem Gespräch eingeladen. Der in Stuttgart-Bad Cannstatt geborene Politiker ist einer der 14 Vizepräsidenten beim Parlament und in seiner Funktion unter anderem für Bereiche Gebäude, Haushalt und Sicherheit zuständig. Auch Herrn Wieland wurden die Fragen zum Brexit oder zu den bevorstehenden Wahlen gestellt, was versprechen

uns diese Ereignisse und wie sollen wir uns die gemeinsame Zukunft Europas vorstellen.

Noch den letzten Schlenker durch die Brüsseler Straßen, den letzten Blick auf das Europaviertel und schon führt der Weg die Reisegruppe wieder in die Heimat.

Auch die großartige Stimmung, die die gesamte Fahrt nicht nachgelassen hat, weil es ein wunderbares Miteinander und Füreinander gegeben hat, blieb sehr gut. Ein großes Dankeschön geht an die beiden Damen Frau Illner und Frau Putane, die diese Reise begleitet haben, ein herzlicher Dank an den Reiseveranstalter Hauptstadtreisen.com und nicht zuletzt auch an die Bus Firma Traxel Enrico Touristik und Verkehr und persönlich Herrn Traxel, der die Reisegruppe immer und überall rechtzeitig und sicher hingebracht hat.

Der BdV-Landesverband und die Geschäftsstelle bedanken sich bei allen Mitfahrenden, denn ohne sie wäre die Bildungsreise nicht so besonders gewesen!
L. P.

Landmannschaft der Deutschen aus Ungarn zieht auf der Bundesdelegiertenversammlung in Ulm eine positive Bilanz „Wir werden wieder wahrgenommen“

Turnusgemäß lud das Bundespräsidium der Landmannschaft der Deutschen aus Ungarn im April zu einer ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung nach Ulm ein, um zum einen über die geleistete Arbeit einen Tätigkeitsbericht abzugeben und zum anderen den Ausblick in die Zukunft zu richten.

In den jeweiligen Berichten gingen Bundesvorsitzender Joschi Ament und sein Stellvertreter Georg Hodolitsch eindrucksvoll auf die vielfältige Arbeit des Bundespräsidiums seit der letzten Delegiertenversammlung vom März 2017 ein. Joschi Ament konnte

von 93 Veranstaltungen auf Bundes- und Landesebene in Baden-Württemberg berichten. Georg Hodolitsch ergänzte mit weiteren 47 Aktivitäten auf Bundes- und Landesebene in Bayern. Mit zwischenzeitlich über 100 Newslettern, die seit der Neubesetzung der LDU-Bundesspitze erschienen seien, habe man versucht, nachhaltig auf die LDU aufmerksam zu machen. „Wir werden wieder wahrgenommen“, so der Bundesvorsitzende abschließend.

Neben den internen Rechenschaftsberichten des Kassenwartes und den Rechnungsprüfern fanden Nachwahlen zum Bundesvorstand statt. Renate

Bayer (LDU Kreisverband Ulm) wurde einstimmig zum erweiterten Bundesvorstand hinzugewählt.

Mit Blick auf die Zukunft berichtete das Bundespräsidium u.a. über die Vorbereitungen für eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Auswanderung der Ungarndeutschen im 18. Jahrhundert, die an der alten Stadtmauer in Ulm angebracht werden soll, sowie über die Vorbereitungen für die Jubiläen „70 Jahre Gründung der Landmannschaft“ und „50 Jahre Patenschaft der Stadt Gerlingen über die LDU“.

12. Ostdeutscher Ostermarkt von beeindruckender Vielfalt „Rosamunde“ sorgte für Stimmung.

Am 30.03. fand im Haus der Heimat in Stuttgart der 12. Ostdeutsche Ostermarkt statt, zu dem die Landesverbände von BdV und DJO eingeladen hatten.

Den teilnehmenden Landsmannschaften bot der Ostermarkt Gelegenheit, ihre Kultur und ihr Brauchtum interessierten Mitbürgern und Mitbürgerinnen vorzustellen.

Das Angebot war vielfältig. So konnte man beispielsweise auch kulinarische Köstlichkeiten probieren, handwerkliche Kunst und unterschiedliche Trachten bestaunen, am österlichen Basteln teilnehmen oder einer Lesung beiwohnen. Eröffnet wurde der Ostermarkt wie im Vorjahr von einer jugendlichen Geigergruppe der Deutschen aus Russland. Später gab es noch ein unverhofftes Intermezzo, bei dem eine Trachtentanzgruppe der Banater Schwabenkinder aus Karlsruhe mit mehreren Tänzen und historischen Vorträgen das Herkommen und das Schicksal der Banater Schwaben erläuterten.

Ein besonderes Highlight war eine Ostdeutsche Lesung, zu der zwei aus dem Banat stammende Schriftsteller eingeladen waren: Ilse Hehn und Johann Lippert.

Ilse Hehn, geb. in Lovrin, lebt heute in Ulm, Preisträgerin des Donauschwäbischen Kulturpreises 2017, las mehrere Gedichte aus ihrem im Ludwigsburger Pop-Verlag erschienenen Buch „Tage Ost – West“. Es handelt sich um ein poetisch-künstlerisches Reisetagebuch mit Gedichten und „überschriebenen“ Fotografien der Autorin, die sich auch als bildende Künstlerin einen Namen gemacht hat.

Johann Lippert, geb. in Wels/Österreich, aufgewachsen in Wiseschdia, lebt in Sandhausen bei Heidelberg, der in seinen Romanen, Erzählungen und auch Gedichten „meisterhaft ein weitläufiges, unvergleichliches Panorama des banat-schwäbischen Dorfes“ entwirft (Horst Samson), brachte Prosa zu Gehör. Er las aus seinem vor kurzem im Pop-Verlag erschienenen Buch „Franz, Franz, Francisc“, dessen Untertitel darauf verweist, dass es sich um ein Romanfragment mit Arbeitsnotizen und Annotationen als Anhang handelt.

Beiden Autoren gelang es, dem interessierten Publikum Einblicke in ein literarisches Schaffen zu geben und es mit ihren Gedichten und Geschichten zu fesseln.



Die „Banater Schwabenkinder“ führten einige Tänze vor

Fotos: Putane / Wulff



Die LM der Ostpreußen mit ihrem vielfältigen Angebot



Jugendorchester des Jugend- und Studentenring der Deutschen aus Russland

Ostermarkt im Bild



BdV Kulturreferent Albert Reich bei seiner Begrüßung umrahmt von BdV und DJO Geschäftsführer Hartmut Liebscher, Altstadt-rätin Bärbel Häring, BdV-Landesvorsitzende Iris Ripsam MdB a.D., Friedrich Grübl und Ilse von Freyburg. Im Hintergrund die schön geschmückten Stände verschiedener Landsmannschaften



Heimatliches Brauchtum am Stand der Egerländer



Hans Werner Schwalke am Stand der Westpreußen



Besondere Spezialitäten der Sathmarer Schwaben



Wilfrid Braun und Werner Kastrowsky am Stand der Deutsch-Balten



Brigitte Jentsch freut sich über die Wahl zur Miss Ostermarkt



Österliche Basteleien erfreuen Jung und Alt

Berlin ist immer eine Reise wert

Fahren Sie mit uns vom 29.08. bis 01.09. zum Tag der Heimat nach Berlin

verbunden mit weiteren interessanten Programmpunkten die Sie auf unserer Internetseite www.bdv-bw.de abrufen oder auf der BdV-Landesgeschäftsstelle erhalten.

Tel: 0711/625277 oder E-Mail: zentrale@bdv-bw.de

Kulturelle Landestagung der ARGE der heimatvertriebenen und geflüchteten Frauen im BdV **„100 Jahre Wahlrecht der Frauen – die Entwicklung der Frauenrechte“**

Die kulturelle Tagung der Arbeitsgemeinschaft der heimatvertriebenen Frauen im BdV stand in diesem Jahr erstmalig unter Leitung ihrer neuen Vorsitzenden Rosemarie Schuran.

Sie hatte dieses schwergewichtige Thema gewählt, zu der sie die kompetente Referentin Frau Dr. jur. Helga Engshuber aus Düsseldorf eingeladen hatte. Thematische Fortsetzung fand sich in dem Referat über die starke Frauengestalt der Monarchin Maria Theresia durch die Referentin Helga Preußner, den Teilnehmerinnen bereits durch frühere Referate bestens bekannt.

Einleitend begrüßte Frau Schuran, die die Bundesvorsitzende der Frauen im BdV - Bundesverband Frau Dr. Werthan in ihrer Begleitung hatte, die zahlreichen Teilnehmerinnen und als besonderen Gast BdV-Geschäftsführer Hartmut Liebscher. Er drückte in seiner Ansprache an die Frau-

en seine Verbundenheit aus, die durch die Flucht seiner Mutter und Großmutter aus Pommern familienprägend war.

Gleichzeitig informierte er über die Geschäftsstelle des BdV und konnte gleichzeitig die neuen Mitarbeiterinnen Frau Waltraud Armbruster im Sekretariat und Frau Luisa Kuhn im Bereich Finanzen vorstellen.

Nach dem Totengedenken, das Hedwig Günther stellvertretend für die im letzten Jahr Verstorbenen gewidmet war, begann die thematisierte Sacharbeit.

Im ersten Teil ihres Referates umriss Frau Dr. Engshuber die historischen Situationen der Frauen und ihre jeweiligen Stellungen in der Gesellschaft. Sie schilderte den Werdegang und das Rollenbild unter den politischen Gegebenheiten und die Koppelung der Entwicklung der Frauenrechte an die Möglichkeiten der Bildung. Dies belegte sie anschaulich an bekannten Persönlichkeiten, beginnend mit Dorothea von Erxleben und fortführend mit weiteren namhaften Frauen, teils auch Frauen, die sich aus eigener Kraft entfaltet und behauptet haben.

Nach einer lebhaften Diskussionsrunde zu diesem Thema begab man sich zu einem Mittagsimbiss, der die vertieften Kontakte der Teilnehmerinnen zueinander ermöglichte.

Der zweite Referatsteil widmete sich dem „Erwachen der Frauen“ und Loslösungen aus Bevormundungen mit dem Fazit, dass eine Freiheit nicht möglich ist ohne ein System, das diese schützt. Der Erfolg des Wahlrechtes 1919 für die Frauen stellte die grundsätzliche Gleichstellung von Männern und Frauen her. Dies hatten viele Länder bereits früher erwirkt, während andere Länder erst teils viel später folgten. Frau Dr. Engshuber erhielt für ihren Vortrag starken Beifall.

Auflockernd waren dann die Ausführungen von Frau Ilse v. Freyburg über das Klöppelhandwerk, das sie in ihrer sudetendeutschen Familientradition weiterführt und damit pflegt und bewahrt.

Frau Dr. Werthan knüpfte in ihrer sich anschließenden Ansprache die Gedanken zur notwendigen Verjüngung im Verband ein, ein Gleichgewicht von Tradition und Fortschritt wäre erstrebenswert wie auch die Verantwortungsübertragung an die jüngere Generation. Sie berichtete über die jährlichen drei Tagungen des Frauenverbandes und bittet um Aufmerksamkeit und Teilnahme daran. Wie achten wir in unserer Jetztzeit auf die Bewahrung der in Jahrhunderten erkämpften Rechte, sei eines der Themen – auch im Alltag.

Dann berichteten die Teilnehmerinnen über ihre Arbeit vor Ort. Dabei brachte Frau Schläfli ihre Sorge um den dauerhaften Erhalt des Hauses der Landsmannschaften in Pforzheim zum Ausdruck.

Als Überraschungsgast konnte Frau Iris Ripsam begrüßt werden, die ihrerseits über die Bemühungen des BdV LV um finanzielle Absicherung der Kulturarbeit durch das Land berichtete.

Mit ihrem ausdrucksstarken Vortrag über die Habsburger Regentin Maria Theresia konnte die Referentin Frau Helga Preußner den Teilnehmerinnen viel Wissenswertes über das Leben dieser starken und mächtigen Frau vermitteln. Auch dies ein Höhepunkt der Tagung, für den mit viel Beifall gedankt wurde. Mit einem Schlusswort von Frau Schuran, der den Dank an alle Beteiligten einschloss, endete diese Tagung.

Text und Bilder G. Wulff



Die Teilnehmerinnen folgen interessiert den Referaten



V. li. Dr. Helga Engshuber, Landesvorsitzende der ARGE Frauen
 Rosemarie Schuran, Helga Preußner, Dr. Maria Werthan



Grußwort des BdV Landesgeschäftsführers Hartmut Liebscher

Unser „Ostdeutsches Museum“ im Prediger in Schwäbisch Gmünd kann wieder besichtigt werden

Nach jahrelangen Umbauarbeiten ist es nun soweit. Am 31. März 2019 wurde der zweite Stock des Museums mit einem Museumfest eröffnet. Somit ist nun auch unsere Ostdeutsche Stube, die vor dem Umbau des Museums neben der Brünner Stube bereits vorhanden war, endlich auch wieder zu besuchen. Allerdings in einem neuen Gewand – aus Sicht des Kunstmuseums.

Einige werden vielleicht enttäuscht sein, dass nicht mehr die alten Ausstellungsstücke vorhanden sind. Wir haben seit 2004 für die neue Ausstellung gekämpft. Es wurden uns im Laufe der Jahre Zusagen gemacht, dass wir zwei Räume erhalten, aber durch die neuen Brandschutz Bestimmungen fiel letzten Endes ein Raum weg, so dass wir uns auf das We-

sentlichste beschränken mussten. Es wurde aber eine Videostation installiert, damit die Besucher die Landkarte anschauen können, die in dem vorigen Museum hing, aber leider bei dem Umarbeiten sehr demoliert wurde und deswegen nicht mehr aufgehängt werden kann. Sie zeigte die Landesgrenzen, die bis 1938 bestanden.



Blick in das neu gestaltete Heimatstube Schwäbisch Gmünd

Die Landkarte, die jetzt in dem Raum hängt, zeigt die Verhältnisse nach 1945 und man kann nur durch gestrichelte Linien feststellen, woher die Vertriebenen kamen. Die deutschsprachigen Gebiete in der heutigen Tschechoslowakei sind überhaupt nicht angezeigt. Das wurde bei der Eröffnung sehr reklamiert, kann aber nicht mehr geändert werden. Auf der Videostation werden die einzelnen Landsmannschaften dargestellt, die man durch Anklicken der betreffenden Felder erreicht. Die Texte sind zum Teil noch zum Überarbeiten und werden erst nach und nach geliefert.

Die Besichtigung ist innerhalb der Museumszeiten möglich, da die Stadt den Raum mitbetreibt.

M. May

Tag der Traditionen auf der Bundesgartenschau Heilbronn

Am 07. Juli 2019 von 11.00 - 18.30 Uhr
Veranstaltungsort: Sparkassenbühne



An diesem Tag wird es ein buntes Programm mit Volkstanz, Musik, Tracht und Brauchtum geben. Die Vielfältigkeit und Lebendigkeit des Brauchtums und die Traditionen der Heimat werden den ganzen Tag über auf verschiedenen Plätzen von Gruppen aus ganz Baden-Württemberg dargeboten. Die Tanz- und Trachtengruppe Albstadt wird mit 5 Paaren am 07.07.2019 mit dabei sein.

Unser Bild zeigt die Gruppe beim 5. Internationalen Bodensee Trachtentag auf der Blumeninsel Mainau, am Sonntag, 21. April 2019, zu welchem sie durch den Landesverband der Heimat- und Trachtenverbände Baden-Württemberg eingeladen worden war und auch aufgetreten ist

BdV-OV Weil der Stadt

BdV feierte schwungvolle Fasnet Im Rössle wurde gesungen, gelacht und geschunkelt



Am Schmotzigen wurde es im Gasthaus Rössle traditionell närrisch. Josef Seethaler hatte wie jedes Jahr die Mitglieder des Bundes der Vertriebenen zur gemeinsamen Fasnet geladen und die Gäste feierten ausgelassen, geschmückt mit lustigen Hütchen, Perücken, bunten Westen und Jäckchen. Das Rössle war bis fast auf den letzten Platz belegt und die Stimmung bestens.

Text/Fotos: Marion Braun
- braun@presseschiel.de



v.l.n.r.: Hans-Josef Straub, Michael Borger und Josef Seethaler

Deutsch-Baltischer Freundeskreis Baden-Württemberg sammelte 12.000 Euro für Restaurierung der Orgel Baden-Württemberger Deutschbalten ermöglichen Orgelklänge in Estland – Wertvolles Instrument auf Oesel restauriert

Die älteste Orgel Estlands ertönt wieder. Nach umfangreicher Restaurierung wurde das 1805 gebaute wertvolle Instrument am 30. September 2018 in der Michaelskirche in Kihelkonna (Kielkond) auf der Insel Saaremaa (Oesel) bei einem Festgottesdienst von Pastor Rene Reinsoo und dem estnischen Landesbischof Joel Luhamets geweiht und wieder in Betrieb genommen.

Die Kirche von Kihelkonna wurde vermutlich schon um 1270 vollendet. Den 60 Meter hohen Turm erhielt sie allerdings erst 1899. Die Orgel mit ihrer spätbarocken Fassade ist die älteste noch spielbare in Estland. Sie gilt als die bedeutendste historische Orgel des nördlichen Baltikums.

Der Entschluss zur Restaurierung war 2006 Anlass für ein internationales Symposium „Zur Erhaltung historischer Orgeln im Baltikum am Beispiel der Johann-Andreas-Stein-Orgel in Kihelkonna/Estland“.

12.000 Euro vom Freundeskreis

Der Deutsch-Baltische Freundeskreis/ Deutsch-Baltische Landsmann-

schaft in Baden-Württemberg hat die kompletten Kosten für die Dokumentation und einen weiteren Geldbetrag in den Orgelfonds eingebracht. 12.000



Orgel in Estland

Euro sammelten die Deutschbalten, mehr als zehn Prozent der Gesamtkosten von 110.000 Euro. Peter Heinichen, Vorsitzender des Freundeskreises, hatte mit seiner Frau an dem der Restaurierung vorangegangenen Symposium teilgenommen. Das ehemalige Gut seiner Urgroßeltern liegt nur wenige Kilometer entfernt, und der Mann seiner Großtante war der Patron der Kielkondschen Kirche gewesen. Aus einem spontanen Hilfsangebot entwickelte sich die Idee, die für die Restaurierung unentbehrliche Dokumentation zu finanzieren. Im Kontakt mit den „Mitteilungen“ sprach Pastor Reinsoo von einer „amazing help and support“ aus Baden-Württemberg. Während des Festgottesdienstes wurde eine Grußbotschaft verlesen, in der Peter Heinichen seine Freude zum Ausdruck brachte, dass deutsches Kulturgut erhalten und der Kirchengemeinde endlich wieder eine spielbare Orgel zur Verfügung gestellt werden konnte.

Mitteilungen aus
baltischem Leben 1/2019
Michael Anger

Donauschwaben Albstadt Neuer Vorsitzender Matthias Schwarz – Horst Zimmermann zum Ehrenvorsitzenden gewählt

Die Donauschwaben haben am 10.03.2019 zur Hauptversammlung und den turnusmäßigen Neuwahlen eingeladen. Es wurde Kaffee und Kuchen angeboten, was bei den Mitgliedern und Gästen natürlich gut angekommen ist. Eine besondere Freude war die Anwesenheit vom Präsidenten des Weltdachverbandes der Donauschwaben, Stefan Ihas.

Der noch amtierende Vorsitzende Horst Zimmermann legte aus gesundheitlichen Gründen sein Amt nieder. Aus den Reihen der Mitglieder wurde Matthias Schwarz empfohlen, der dann auch mit Zustimmung der Mehrheit gewählt wurde.

Wie immer bei den Hauptversammlungen wurden die Aktiven mit einer Aufmerksamkeit für die geleisteten Arbeitseinsätze belohnt. Danach hat die Tanzgruppenleiterin Anneliese Röhrich Horst Zimmermann und Edith Eichler zum Dank für ihre langjährige Tätigkeiten ein Geschenk überreicht.

Der neue Vorsitzende Matthias Schwarz hat anschließend Horst Zimmermann als Ehrenvorsitzenden vorgeschlagen, was dann auch einstimmig beschlossen wurde. Diese Ehrung hat er gerne angenommen, zumal er

wiederholt bekundet hat, dass er weiterhin dem Verein treu verbunden bleibt. Gerne will er auch für die eine oder andere Tätigkeit noch zur Verfügung stehen. So ging ein erfolgreicher Tag zu Ende und die meisten gingen mit einem guten Gefühl der Zufrie-

denheit nachhause. Der BdV-Landesverband dankt Horst Zimmermann an dieser Stelle für seine Treue zum BdV für seinen unermüdlichen und vorbildlichen Einsatz in all den zurückliegenden Jahren.



Auf dem Foto der neue Vorstand von links nach rechts: Matthias Schwarz (1. Vorsitzender), Corinna Alischer (Schatzmeisterin), Julian Uth (stellvertr. Vorsitzender), Hans-Joachim Brezing (stellvertr. Vorsitzender), Gabriele Holzwarth (Schriftführerin), Horst Zimmermann (Ehrenvorsitzender)
Foto: KV Albstadt

Herausgeber:

Bund der Vertriebenen, Vereinigte Landsmannschaften
Landesverband Baden-Württemberg e. V.
70176 Stuttgart, Schloßstr. 92, Tel. 07 11 / 62 52 77, Fax 61 01 62
E-Mail: zentrale@bdv-bw.de, www.bdv-bw.de

Verantwortlich für den Inhalt:

Ulrich Klein

Erscheint vierteljährlich für die Mitglieder des BdV in Baden-Württemberg.
Die gezeichneten Artikel stimmen nicht in jedem Fall mit der Meinung der
Schriftleitung überein.

Redaktionsschluß:

20.05.2019.

Bezugspreis:

jährlich € 25,-

Gesamtherstellung:

moreVision & friends
Lichtenbergstr. 5, 71642 Ludwigsburg, Tel. 0171 2130178

Absender: BdV, Landesverband Baden-Württemberg e. V.
Schloßstr. 92, 70176 Stuttgart

Termine der Landsmann- schaften

07. – 09. Juni 2019

70. Sudetendeutscher Tag
in Regensburg, Donau-Arena,
Walhalla-Allee 22

07. – 10. Juni 2019

Heimattage der LM Siebenbürger
Sachsen in Dinkelsbühl

14. – 16. Juni 2019

Deutschlandtreffen der Schlesier
In Hannover Congress Centrum
Motto: Wir sind Schlesier

12. – 14. Juli 2019

Deutsch-Baltischer Freundeskreis
in BW
Baltische Kulturtag im Schloss
Unteröwisheim bei Bruchsal

27. – 28. Juli 2019

Bundestreffen der Südmährer in
der Patenstadt Geislingen, Jahn-
halle.

24. – 25. August 2019

68. Vinzenzfest und 45. Egerlän-
der Landestreffen in Wendlingen

Heimattage Baden-Württemberg in Winnenden 2019 Landesfesttage vom 06. September bis 08. September 2019

Am Freitag findet die Verleihung der Heimatmedaille statt.

Am Samstagabend sind Sie herzlich eingeladen, die Vielfalt der landeswei-
ten Heimat- und Trachtenverbände Baden-Württembergs zu erleben. Sie prä-
sentieren sich mit unterschiedlichen Volkstänzen, Gesang, Musik, Mundart
und Geschichten. Höhepunkt der Landesfesttage ist der traditionelle Landes-
festumzug, zu dem Ministerpräsident Kretschmann erwartet wird. Rund 90
verschiedene Trachtengruppen, Musikkapellen, Fahنشwinger und Motiv-
wagen aus der Stadt selbst sowie aus ganz Baden-Württemberg ziehen durch
die historische Marktstraße.

Wir fahren zum Schlesiertreffen nach Hannover

**Hin- und Rückfahrt ab Stuttgart mit dem Bus
vom 14. Bis 17. Juni 2019**

Teilnahme an allen Veranstaltungen des Schlesiertreffens

Wir wohnen im noblen Seminarhotel Heide Kröpke im Osterholzer Moor in
der Lüneburger Heide mit 3 Übernachtungen und Halbpension
Preis: 450 Euro im Doppelzimmer, Einzelzimmer 80 Euro zusätzlich.
Auskunft und Anmeldung bei Günther Zimmermann
Florentiner Str. 20/App.6135, 70619 Stuttgart, Tel. 0711/47026135

Einladung zur Feierstunde am Jahres- tag der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen



**Montag, 05. August 2019 um 17.00 Uhr
auf dem Schlossplatz in Stuttgart bei der Gedenktafel**

Redner: EU-Kommissar und Ministerpräsident a.D. Günther H. Oettinger